

Die Gleichheit



Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 45 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 6. Januar 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post-Bezirk bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Unsere Lösung. — Früher Jahresanfang. Von Luise Bieg. — Schulspfandung. Von Mathilde Baum. — Eine bittere Enttäuschung. Von Gustav Koch. — Die Frage der Frauenorganisation vor dem niederösterreichischen sozialdemokratischen Parteitag. Von Adelheid Popp. — Deutschland im Jahre 1907. Von H. B. — Schulartzberichte. VI. Von Dr. Jabel. — Zentralschneidmacherverband und Arbeiterinnenschutz. Von W. D. — Kommunale Scheinrechte der Frauen in Thüringen. Von A. Soubert. — Das Schreibmaschinenkräutlein. Von E. B. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Stettins. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Familien: Der Genius der Laten. Von J. Gottlieb Fichte. — Silberbergspenster. Von Otto Krille. — Lasciate ogni speranza. Von Leopold Jacoby. (Gedicht.)

Unsere Lösung.

Die Geburt einer neuen Welt bereitet sich vor, der Welt des Sozialismus. Sie wird die Grundlage für die Erfüllung dessen schaffen, was fühne Denker und hochherzige Träumer an Glück, Würde und Harmonie für die Menschheit geahnt und erstrebt haben: eine gesellschaftliche Ordnung der Gütererzeugung und Güterverteilung, welche allen die Möglichkeit sichert für „die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen“. Durch eine planmäßige bewusste Organisation der gesellschaftlichen Wirtschaft macht sie der Unordnung, den Widersprüchen der heutigen kapitalistischen Produktion ein Ende, kraft deren Ausbeutung, Pärftigkeit und Knechtschaft das nicht abzuschätzende Erbteil der arbeitenden Massen sind.

Der Kampf von Mensch gegen Mensch ums Dasein hört mit der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinne, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Denn die sozialistische Ordnung ist die Praxis der Einsicht in die Befehle des gesellschaftlichen Lebens. Sie ermöglicht dem Menschen die Beherrschung seiner Daseinsbedingungen, deren Sklave, deren Spielball er bis dahin war, und das schließt auch eine Bändigung und Dienstbarmachung der Naturkräfte, eine Ausnutzung der Naturschätze in sich, wie die Geschichte sie noch nicht gekannt hat. Die Aufrichtung der sozialistischen Ordnung ist — um mit Engels zu reden, den wir schon weiter oben zitierten — „der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“. Die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft aber ist gleichbedeutend mit der Befreiung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, einer sozialen Revolution, welche die Klassengegensätze zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufhebt.

Es ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen für die Proletarierin, die in der kapitalistischen Gesellschaft eine Kreuzträgerin bleibt, die ihresgleichen sucht. Wohl können, ja müssen in dieser Ordnung die rechtlichen Ketten der Geschlechtsklaverei von ihr genommen werden, die sie als Weib trägt. Aber genügt das, damit von ihr der Bann gesellschaftlicher Hemmungen für das Erbblühen der Kräfte ihres Leibes und ihrer Seele zu vollem harmonischen Menschentum genommen wird, das sich wirkend zu äußern vermöchte, ihr selbst eine Befreiung, der Allgemeinheit eine Förderung? Mit nichten. Die bürgerliche Ordnung, die sich auf dem Privateigentum aufbaut, muß angesichts der Forderung des Weibes nach seiner vollen menschlichen Befreiung ihren Bankrott erklären. Ihrem innersten Wesen nach, das zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Profits auf die Entwürdigung des Menschen zur bloßen lebendigen Arbeitsmaschine gerichtet ist, erweist sie sich als ohnmächtig, einen gesellschaftlichen Aufbau und gesellschaftliche Zusammenhänge zu schaffen, welche der Frau ermöglichen, zu weiblichem Vollmenschentum emporzu steigen.

Aus diesem innersten Wesen der bürgerlichen Ordnung erwachsen aber auch die anderen gesellschaftlichen

Hemmungen, welche die höchste menschliche Entwicklung der Proletarierin lähmen, weil sie zur Klasse der Habenichtse, der Ausgebeuteten und Unfreien gehört. Lehrt das nicht jeder noch so oberflächliche Blick auf die Existenz des Vaters, des Gatten, des Sohnes? Auf diesen lastet nicht der Fluch jahrhundertalter Geschlechtsklaverei. Doch siehe, muß nicht auch ihr Menschentum in der Blüte verkümmern, der Möglichkeit beraubt, sich zu voller Reife zu entfalten? Nicht weil sie Männer sind, nein, weil sie Arme sind, die dank ihrer Besitzlosigkeit der kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert werden.

So gefellen sich für die Proletarierin zu den Schwierigkeiten ihrer Geschlechtslage die Leiden ihrer Klassenlage. Sie muß daher zwiefach unfrei und elend bleiben, derweil die kapitalistische Ordnung herrscht, derweil ihre harte Krämerseele die Beziehungen von Mensch zu Menschen vergiftet. Für die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung zu kämpfen, muß also die heiligste Aufgabe der Proletarierin sein, die sich mit glühender Seele danach sehnt, in der Würde und dem Glück eines voll entwickelten Menschentums wandeln und walten zu können.

Mit der Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum der ausbeutenden Kapitalistenklasse in den Besitz der Gesellschaft sinkt die kapitalistische Ordnung selbst ins Grab. Aber diese die Menschheit befreiende Tat kann nur das Werk der Klasse sein, die unter der Herrschaft des Kapitalismus die gehäufte Bürde der Leiden schleppen muß, die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln hervorzurufen, denn sie empfindet am stärksten den Widersinn des bürgerlichen Regimes. Der erste einleitende Akt der sozialen Revolution, mit welcher die Menschen in das Reich der Freiheit tritt, ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat im Kampf von Klasse zu Klasse: die Ausbeutenden wider die Ausbeuteten. Wie der die Himmelsweiten durchheilende Blitz an dem glänzenden Polarstern haftet, so muß das Sinnen und Trachten der Proletarierin auf das sozialistische Endziel gerichtet bleiben. Denen, die ihr einreden wollen, eine bloße Reform der bürgerlichen Ordnung könne ihr lezendes Menschentum befreien, ihr Mitleid oder ihre Verachtung, je nachdem die Worte ehrlich oder unehrlich gemeint sind. Den proletarischen Klassenkämpfern, welche für die soziale Revolution im Felde stehen, ihre Bundesgenossenschaft. Ihrem Kampfesziel die Kraft, die Begeisterung, die Opferwilligkeit der proletarischen Frau. Mitzukämpfen ist sie da!

Früher Jahresanfang.

Wenn in der Silvesternacht die Uhr den Anfang des neuen Jahres kündigt, so mögen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte die Ausbeutenden beim Knallen der Champagnerpfropfen sorgenlos und freudetaumelnd der nächsten Zukunft entgegensehen. Die Ausgebeuteten dagegen treten mit dem Bewußtsein in das Jahr 1908 ein, das ungewöhnlich harte, elendreiche Tage für sie heraufziehen, ja für viele Zehntausende schon da sind. Immer rücksichtsloser, unbarmherziger sehen die herrschenden Klassen ihren Fuß auf den Nacken der Enterbten, der Besitzlosen, um sie einer doppelten Ausbeutung auszuliefern. Ihre Arbeitskraft nutzen sie wucherisch aus, und vermittels der Zoll- und Steuergesetzgebung schröpfen sie die Massen als Konsumenten, Verzehrter.

Die letzten Jahre der Hochkonjunktur, wo die Arbeiterklasse unter Anspannung aller Kräfte Werktag und Sonntag, oft genug auch die Nächte schaffen mußte, haben den Herrschenden eine reiche Ernte gebracht. War mager war jedoch der Anteil derer, die die Arbeit leisten, die Ernte in die Scheuern bringen mußten. Wo die Arbeiter eine Lohnverbesserung erzielten, mußte sie im harten wirtschaftlichen Kampfe errungen werden, andernfalls war für sie eine Mehreinnahme nur durch Überarbeit zu erreichen. Und doch tat ihnen eine Mehreinnahme so bitter not!

Denn um dem ewig schwindfächtigen Reichsfädel neue Einnahmequellen zu erschließen, ohne die Besitzenden beschlagnahmen zu müssen, vor allem aber, um den „Geldstern und Westen“ der Nation, deren „adeliges Wesen“ durch die Rolkts-Garden-Prozesse so glänzend illustriert wird, die unergündlichen Taschen zu füllen, läßt die Regierung auf den

Nacken der stonenden Massen die Geißel der Zollpolitik niederschlagen. Alle notwendigsten Gebrauchsartikel, Nahrung, Kleidung, sind dem Volke in ungeheurer Weise verteuert worden. Dazu kam in den verschiedensten Ländern eine schlechte Ernte, die den Weltmarktpreis für Korn stark emporschnellen ließ. In Deutschland zahlen wir jetzt die hohen Weltmarktpreise plus Zoll für unser Brotgetreide.

Schon im Oktober war an der Berliner Getreidebörse der Preis einer Tonne Weizen 224,75 Mk. Das ist derselbe Preis, der 1891 zur Zeit der großen russischen Hungernot erreicht war. In Essen wurde zur selben Zeit sogar 230 bis 265 Mk. gezahlt, in Stuttgart 235 bis 265 Mk. Mit Roggen steht es nicht viel besser. Innerhalb von nicht ganz 100 Tagen war der Preis pro Tonne um 15,50 bis 26,74 Mk. gestiegen, und die Steigerung hat seitdem angehalten. Der Preis für ein Pfund Brot ist in den einzelnen Orten um 3, 4 und 5 Pf. in die Höhe gegangen. Das sind Hungerpreise schlimmster Art. Kartoffeln, die Hauptnahrung der Armen, Hülsenfrüchte, Gemüse: alles hat Preise, wie sie seit langem nicht bekannt waren. Gekläglich genug. Wenn das Brot teuer ist, da steigt die Nachfrage nach den Lebensmitteln, die als Ersatz für Brot gelten können, und treibt ihre Preise in die Höhe, die bei uns ohnehin schon durch den Zollwucher verteuert worden sind.

Die ungeheuer hohen Fleischpreise — unter 90 Pf. bis 1 Mk. ist fast nirgends ein Pfund gutes Fleisch zu haben — machen es für viele Tausende Arbeiterfamilien zu einer Unmöglichkeit, auch nur das bescheidenste Stück Fleisch täglich auf den Tisch bringen zu können. Andere Tausende von Familien begnügen sich mit Abfall, Freibankfleisch, greifen zum Pferdefleisch oder — begnügen sich mit Knochen. Freische Fische und selbst die Salzheringe sind enorm im Preise emporgeschellt, von Butter, Käse, Eiern und Wurst ganz zu schweigen. In der Folge ist die Lebenshaltung von zahlreichen Arbeiterfamilien trotz guter Geschäftskonjunktur, trotz anstrengendster Arbeit schlechter geworden.

Hinzu kommt noch, daß ebenso wie die Lebensmittel, so auch Kleidung, Wäsche und Schuhwerk durch die unheimliche Zollpolitik horrend verteuert worden sind. So ist zum Beispiel ein Duzend Nischenhandtücher um 1,90 Mk. im Preise gestiegen, ein Duzend Taschentücher um 90 Pf. bis 1,20 Mk., ein gedrucktes Baumwollkleid um 50 bis 60 Pf., ein Kinder-schürzchen um 15 bis 25 Pf., Normalhemden, die sonst 1,80 bis 2 Mk. kosteten, kommen jetzt auf 2,30 bis 2,50 Mk. usw.

Wenn man die Durchschnittspreise der Jahre 1889 bis 1898, wie sie nach amtlicher Statistik vorliegen, vergleicht mit den Preisen vom Jahre 1907, so ergibt sich folgende Preissteigerung:

	Prozent		Prozent
Roggen	38,6	Wolle	42,9
Weizen	20,7	Baumwolle	16,8
Hafer	32,0	Baumwollgarn	29,2
Gerste	8,0	Kattun	44,8
Kartoffeln	34,6	Leinengarn	69,3
Weizen	56,4	Rohseide	37,3
Reis	18,0	Panif	33,8
Zahol	90,2	Jute	139,8
Pfeffer	23,1	Gußeisen	25,1
Pinber	26,4	Blei	76,9
Schweine	13,3	Kupfer	89,4
Kälber	28,4	Zinn	34,0
Lammel	51,5	Zinn	127,0
Butter	3,4	Westf. Kohlen	22,6
Feringe	34,7	Petroleum	20,8
Schmalz	20,7	Spiritus	26,5
Dachshäuten	39,5	Räböl	39,9

Das ist nicht nur Brot, und Fleischwucher im schlimmsten Sinne des Wortes, vielmehr ein ungeheurer Wucher mit fast allen Gebrauchsgegenständen.

Besonders fühlbar macht sich der Kohlenwucher geltend. Die Preistreibererier des Kohlenhandlats haben seit 1905, wo wir bereits Feuerungspreise hatten, die Kohlen um 23 bis 30 Prozent im Preise in die Höhe gerieben, und dazu kam im Herbst noch der sogenannte Winteraufschlag von 20 Prozent! Den Kohlenarbeitern Lohnabzüge und Fehlerschichten, umgekehrt, wenn's paßt, auch Überschichten mit steigenden Unfällen, den Kohlenkonsumenten Wucherpreise, so daß viele Arbeiterfamilien sich kaum ein warmes Stübchen gönnen können, und — den Bergwerksbesitzern, den Kohlenbaronen ungeheurer, nach Millionen zählender Profit Herrliche, göttliche Weltordnung! — Dazu mehren sich täglich die Zeichen, welche uns melden, daß mit Riesenschritten eine gewaltige Krise nahe mit all ihren entsetzlichen Begleit- und Folgeerscheinungen für die Arbeitsklaven: Arbeitslosigkeit, unsicherer und schwankender Verdienst, Sorge, Hunger, Krankheit, Verbrechen und Prostitution, kurz leiblichem und

geistigem Elend in jeder Gestalt. Die Proletariatsmassen, die während der guten Geschäftsjunktur schanzten mußten, um einen Goldstrom in die Geldschänke der Herrschenden zu leiten, müssen dann die Strafe dafür zahlen, daß die heute noch in der Nacht befindlichen Klassen nicht mehr imstande sind, die vorhandenen Produktivkräfte beherrschen zu können.

Das ist die Signatur des neuen Jahres: Wucherpreise für die nötigsten Konsumartikel und Arbeitslosigkeit, die für viele aus einem drohenden Gespenst bereits zur harten Wirklichkeit ward. Und die Regierung, was tut sie dieser Situation gegenüber? Unsere Leserinnen wissen es: der Handelsminister lehnt es ab, zu untersuchen, ob die Kohlenpreise Wucherpreise seien. Der Staatssekretär des Innern, v. Bethmann-Hollweg, der bei der Interpellation unserer Genossen die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel nicht bestreiten konnte, ist der Meinung, daß diese Steigerung für die Ernährung der Bevölkerung keine kritische sei, er hält sie für eine „vorübergehende Erscheinung“. Von der Suspendierung der Zölle, einer Herabsetzung der Frachten für Getreide oder auch nur von einer Aushebung der Ausfuhrprämien wollte er nichts wissen. Wie wäre es auch anders zu erwarten vom „geschäftsführenden Ausschuss“ der herrschenden Klassen. Dagegen stehen neue Steuern in Aussicht, um das Defizit in der Reichskasse zu decken und Gelder zu schaffen für neue große Ausgaben im Interesse des Militarismus. Außerdem ist dem deutschen Reich als Erstling aus der konservativ-liberalen Ehe ein Reichsvereinsgesetzentwurf beschert worden, der nichts weniger als freihändlerisch ist.

Wich unter den steigenden Leuerungspreisen schon zur Zeit der guten Geschäftsjunktur die Sorge nicht von der Schwelle der ausgebeuteten Massen, wie wird es erst in Zukunft werden. Wie vielen Tausenden, Hunderttausenden hat die Silvesterlocke nicht frohliches Neujahr zugerufen, sondern Not und Elend, Hunger, Kälte, vielleicht gar Obdachlosigkeit verkündet. Die Zeichen der Zeit rufen darum euch, ihr Proletariatsfrauen und Proletariatsmädchen, zum Kampfe, zum energischen, leidenschaftlichen und zähen Kampfe. Unvermeidlichen Kampf dieser Gesellschaftsordnung, in der die Fleißigen darben, körperlich und geistig verkommen müssen, während die Drohnen im Überflusse erstickten. Unsere Begeisterung in dem Ringen um eine bessere Gesellschaftsordnung wird um so heller emporlodern, weil sie nicht nur geboren ist aus heißer Sehnsucht nach einem Empor, aus hoffnungsvollem Glauben an die Möglichkeit des Sozialismus, sondern weil sie wurzelt in der Gewißheit seines unaufhaltsamen Sieges.

Reichen wir uns im Geiste die Hände, um aufs neue zu geloben, im Kampfe nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Emanzipationswerk der Arbeiterklasse beendet, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Der trübe Jahresanfang muß uns ein mächtiger Ansporn zu zukunftsrohem Kampfe sein.

Luisa Zick

Schulspeisung.

Wieder hat die nach Bülow's weisem Ausspruch niemals positiv tätige Sozialdemokratie einen sozialen Fortschritt veranlaßt. In den letzten Dezembertagen der Berliner Stadtverordneten wurde nach langem Sträuben der Freisinnigen beschlossen, die Speisung der hungernden Schulkinder in städtische Fürsorge zu übernehmen.

Damit wird eine alte Forderung unseres Gemeindeprogramms erfüllt, die, wie Singer schon auf der ersten sozialdemokratischen Gemeindevorstandskonferenz der Provinz Brandenburg (Dezember 1898) ausführte, eine notwendige Ergänzung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes ist.

„Wir müssen“, sagte damals Singer, „mit den Verhältnissen rechnen, in denen Tausende und aber Tausende von Kindern durch die schlechte wirtschaftliche Lage der Eltern so mangelhaft ernährt werden, daß sie in sehr vielen Fällen ohne Frühstück zur Schule gehen müssen. Das liegt nicht immer am wirtschaftlichen Unvermögen der Eltern, es liegt in vielen Fällen daran, daß die Mutter bereits so früh in die Fabrik muß, daß sie den Kindern das Frühstück nicht mehr bereiten kann. Wir können aber unmöglich zugeben, daß ein Kind, das mit hungrigem Magen in die Schule kommt, sofort sich dort geistiger Tätigkeit widmet. Derjenige, der hungrig, kann nicht mit dem nötigen Eifer dem Unterricht folgen.“

Bereits im Jahre 1897, also ein Jahr vor dieser Konferenz, hatte unsere Berliner Rathausfraktion einen Antrag gestellt, um die Schulspeisung in die Wege zu leiten: es sollte durch Zahlung festgesetzt werden, wieviel Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen. Der Berliner Rathaus-Freisinn, der von Dreiklassenwahlrechts Gnaden die Herrschaft führte, wollte selbstverständlich von einer derartigen Einrichtung nichts wissen: „Das bedeute ja einen Eingriff in die Rechte der Eltern und gebe Anlaß zu Mißbrauch.“

Bisher hat die Gemeinde Berlin ganze 3000 Mk. für die Schulspeisung übrig gehabt, die es dem „Verein für Kinder-vollstücken“ als Zuschuß gab. Genannter Verein unterhält zurzeit 14 Kindervollstücken, in denen er im Winter 1906/07 an 128 Tagen 4000 Kindern täglich warmes Mittagessen, zum Teil unentgeltlich, zum Teil für 5 Pf. austeilte; die eigenen Unkosten stellten sich auf 10% Pf. für das Kind. In diesem Winter nun wandte sich der Verein an die Stadt, da, wie Erhebungen von Direktoren und Lehrern festgestellt hatten, mindestens 4000 Kinder mehr zu speisen seien, die den ganzen Tag ohne einen warmen Bissen blieben! Im November 1906 waren 81451 Portionen verabreicht worden, in demselben Monat dieses Jahres bereits 177203. Schon im vorigen Jahre hatte der Verein ein

Defizit von 25000 Mk. zu verzeichnen, für diesen Winter forderte er vom Magistrat Berlin Deckung dieses Defizits und ausreichenden Zuschuß oder Übernahme der Schulkinder-speisung durch die Stadt.

Am 8. Dezember 1907 stellte unsere Fraktion im Rathaus zwei Anträge: der eine forderte, daß die Speisung der Schulkinder vom nächsten Jahre ab in städtische Regie übergehe, der zweite, daß sofort dem „Verein für Kinder-vollstücken“ ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Von dem ersten Antrag wollten die Liberalen zunächst gar nichts wissen. Dem Verein wollten sie aber auch keine größeren Zuwendungen gewähren wegen persönlicher Unbeliebtheit des Vorsitzenden. Und so kam ein Beschluß zustande, der den Magistrat ersucht, „noch für diesen Winter Einrichtungen zu schaffen, welche es ermöglichen, daß diejenigen Schulkinder, welche nach erfolgter Feststellung im elterlichen Hause warmes Mittagessen nicht bekommen können, ein solches gegen Zahlung der Selbstkosten in der Schule erhalten. Kindern bedürftiger Eltern kann das Essen kostenlos gegeben werden, wenn die Direktoren oder die Schulkommission solches für notwendig erachten. Die Gewährung freien Essens soll nicht als Armenunterstützung gelten.“

Also die Schulspeisung soll nur für „bedürftige“ Kinder eingeführt werden! Deshalb wir die Speisung aller Schulkinder fordern, hat Genosse Heinrich Schulz in seinem Referat über „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ auf dem Parteitag in Mannheim 1906 zutreffend dahin erläutert, „daß die Einbeziehung der Kinder der Wohlhabenden die öffentliche Verpflegung vor dem Odium des Almosen bewahrt.“

Die Liberalen ließen gegen die Schulspeisung durch ihren Führer, Justizrat Cassel, ihre alten Redensarten „von der Zerrüttung des Hauses und des Familienlebens“ vorbringen. Also nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung, nicht die Überarbeitung und Überbürdung der Frau, nicht der ewige sorgenvolle Kampf um das erbärmliche Stückchen trockenen Brotes für den nächsten Tag zerrütet die proletarische Familie, zerstört den Zusammenhalt zwischen den Gliedern, nein — das tut eine dringend nötige Reform. So verkündete auch der Stadtrat Münsterberg. „Schon die kleine Unterstützung eines Tellers Suppe an solche, die selbst dafür auskommen könnten“, meinte er, „ist höchst gefährlich, weil sie das Rechtsgefühl abtumpft und die Leute an das Eingreifen der Gesamtheit gewöhnen würde.“ Die Betteluppen, die dem Freisinn für hungerige Kinder mühsam abgerungen werden müssen, die sind es, die nach der Meinung der Herren der Familie gefährlich werden.

In ihrer verdienstvollen Schrift „Schule und Brot“ gibt Helene Simon eine ausführliche Darstellung über den Stand der Schulspeisung in Deutschland und in anderen Ländern. Der Vergleich fällt sehr zuungunsten Deutschlands aus, dessen offizielle Vertreter bei jeder Gelegenheit in die Welt hinausschreien: „In der sozialen Beschaffenheit ist das Deutsche Reich allen anderen Ländern weit voraus!“

Von deutschen Städten, die bestehenden Vereinen einen Zuschuß gewähren oder Mittel für die Schulspeisung bewilligen, leisten eigentlich Nennenswertes nur Mannheim und Stuttgart. In Mannheim erhielten im Winter 1906/06 insgesamt 3105 Kinder täglich einen Viertelliter Milch und ein Brötchen; die Gesamtkosten betragen 21322 Mark. Stuttgart hat für das Jahr 1907 auf Antrag der Sozialdemokraten 90000 Mk. für die Speisung armer Schulkinder ausgemworfen.

Von außerdeutschen Ländern, die eine gesetzliche Regelung der Schulspeisung erstreben, ist in erster Linie England zu nennen. In London allein kommen tagtäglich 122000 Kinder ohne jedes Frühstück zur Schule. „Wird aus diesen Kindern ein Geschlecht von Menschen emporkommen oder was sonst? Seit fast 25 Jahren stellt die englische Sozialdemokratie diese Frage und bekommt noch immer nur lange Antwort.“ So schrieb Genosse Rothstein im Juli 1906. Durch den Druck der Arbeiterpartei gelangte Ende des Jahres 1906 im Parlament, nach eingehender Prüfung der dafür eingesetzten Kommissionen, ein Gesetzesentwurf zur Annahme, der einen ersten, sehr zaghaften Schritt zur staatlichen Regelung der Schulspeisung bedeutete. Das Gesetz gestattet den Lokalbehörden, arme Schulkinder zu verpflegen. Die Mittel zu diesem Zwecke können sie durch eine Lokalsteuer von 4 Pf. pro 20 Mk. steuerbaren Wertes aufbringen oder durch die Entgegennahme freiwilliger Gaben. Das Gesetz ist also nach keiner Richtung hin bindend, sondern überläßt den Lokalbehörden, ob und wie sie etwas für die hungernden Schulkinder tun wollen. Immerhin verdient es Beachtung als grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit der Reform, die ein Recht an Stelle einer Gnade, eines Almosen setzt. Auch in England hat sich gezeigt, daß die „freie Liebestätigkeit“ außerstande ist, wirklicher Not zu steuern. Die Millionenstadt London brachte nicht mehr als 200000 Mk. für die Unterstützung aus privaten Mitteln auf. Nach einer Berechnung der „Sozialdemokratischen Föderation“ wären 2 1/2 Millionen Mk. jährlich nötig, um den bedürftigen Kindern drei Mahlzeiten am Tage zu gewähren.

Dänemark erließ im Jahre 1902 ein Schulspeisungsgesetz, wonach die Gemeinden zur Unterstützung der bestehenden Speisevereine ermächtigt wurden. Ein sozial-

* „Schule und Brot“ von Helene Simon. Hamburg und Leipzig, Leopold Voß. 96 Seiten. Preis 1 Mk.

** Siehe „Neue Zeit“, 24. Jahrgang, Band II, Seite 548, „Das proletarische Kind“ von Th. Rothstein.

demokratischer Antrag verlangte die Verpflichtung der Gemeinden, im Winter für Schulspeisung zu sorgen. Dieser Antrag wurde (1906) einer Kommission überwiesen.

In vielen Kantonen der Schweiz ist die Verteilung von Frühstück und Mittagessen eingeführt, besonders in den Landeschulen, wo die Kinder von weit herkommen und die Mittagspause zur Heimkehr zu kurz ist.

Die Gemeinde Paris ist allen Gemeinden mit der Errichtung kommunaler Schulkantinen vorangegangen, in denen die bedürftigen Kinder unentgeltlich, die übrigen Schüler gegen Zahlung von 10 Cts. eine köstliche Mittagsmahlzeit erhalten. Andere französische Gemeinden, in deren Verwaltung die Sozialisten den ausschlaggebenden Einfluß ausüben, sind dem Beispiel gefolgt. Eine Reihe italienischer Gemeinden hat ebenfalls dank der sozialistischen Initiative die Schulspeisung eingeführt. Die „Wahrheit“, die bereits früher über die kommunale Verpflegung der Schulkinder in Frankreich und Italien berichtet hat, wird demnächst einen ausführlichen Beitrag darüber veröffentlichen.

Wien gibt jährlich mehr als 80000 Kronen für die Schulspeisung aus. Brüssel und andere belgische Städte besitzen schon seit Ende der sechziger Jahre Schulspeisevereine mit städtischem Zuschuß, die demittelten Kindern gegen Entgelt, unbemittelten unentgeltlich Mittagbrot verabreichen. Hand in Hand mit der Speisung geht in Brüssel ärztliche Untersuchung, auf Grund deren schwächliche Kinder besondere Stärkungsmittel erhalten. In Christiania, Trondheim und anderen norwegischen Städten können alle Kinder an den von den Gemeinden abgegebenen Freimahlzeiten teilnehmen. Die Kosten werden durch Steuern gedeckt.*

Amerika** ist auf dem Gebiet der Schulspeisung rückständig. Eine Untersuchung in New York, Buffalo, Philadelphia und Chicago ergab, daß von 40746 Kindern 34,65 Prozent ganz oder doch ohne ausreichendes Frühstück in die Schule kommen, und eine in den ärmsten Schulen von New York vorgenommene Untersuchung stellte sogar fest, daß 82 Prozent der Kinder unterernährt waren.

Diese kurze Übersicht zeigt, wie wenig zur Vinerung auch nur der dringendsten Not der Schulkinder geschieht, einer Not, die das ureigenste Erzeugnis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist und das heranwachsende Geschlecht — die Zukunft der Arbeiterklasse und damit der Nationen — in seiner körperlichen und geistigen Entwicklung auf das schwerste bedroht. Es wird noch ungeheurer Anstrengungen unserer Genossen in den Gemeindevorstellungen bedürfen, um die bürgerliche Gesellschaft aufzurütteln und zu zwingen, daß sie ihre Pflicht gegen die hungernden Kinder des Proletariats erfüllt. Aber diese Anstrengungen können nur in dem Maße Erfolg haben, als das kämpfende Proletariat selbst energisch fordernd hinter den Bemühungen der sozialistischen Fraktionen steht. Und den Proletariatsfrauen, die als Mütter und Schwestern die kindliche Not besonders mitfühlen, ziemt es an erster Stelle, ihre Stimmen laut nach der Reform zu erheben, um die schlafenden Klassenengenossen zu erwecken und die bürgerliche Gesellschaft vorwärts zu peitschen.

Mathilde Burch

Eine bittere Enttäuschung.

Endlich ist dem Reichstag der schon vor längerer Zeit angekündigte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung“ zugegangen. Er besteht aus acht Artikeln.

Im Artikel 1 ist zunächst die Fassung des § 113 Absatz 1 dahin vorgeesehen, daß die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung nicht nur wie bisher bei der Beendigung des Dienstverhältnisses fordern können, sondern auch „im Falle der Kündigung von dieser an“. Dann soll § 114a über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln in einigen Punkten ergänzt werden. Für § 120 Absatz 3 ist eine Abänderung in Aussicht genommen, nach welcher die Gemeinden oder die weiteren Kommunalverbände durch statistische Bestimmungen nicht nur wie bisher männliche Arbeiter unter 18 Jahren, sondern auch Arbeiterinnen unter 18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule verpflichten können. Nach § 120c kann der Bundesrat Vorschriften darüber erlassen, welchen Anforderungen die Unternehmer in bestimmten Arten von Anlagen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowie zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu genügen haben. In diese Vorschriften sollen nach dem Entwurf auch Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betrieb aufgenommen werden. Endlich steht der Entwurf die Einführung des sanitären Maximalarbeitstags auch für einzelne Landesstellen und für einzelne Betriebe vor. Für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, konnte bisher nur der Bundesrat Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und die zu gewährenden Pausen vorschreiben. Diese Befugnis soll jetzt auch den Landeszentralbehörden sowie den Polizeibehörden, letzteren auch für einzelne Betriebe, übertragen werden.

Der Artikel 2 des Entwurfes paßt die Bestimmungen für die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker denen der Handlungsgehilfen an.

Nach dem Artikel 3 wird der Maximalarbeitsstag der Fabrikarbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt

* „Zeitschrift für das Armenwesen.“ 7. Jahrgang, Heft 9, September 1906.

** Siehe ebenda.

und eine ununterbrochene Nachtruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter festgelegt. Außerdem wird neben der Aufhebung des § 184 Absatz 3 über die Lohnzahlungsbücher eine feste Abgrenzung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen in Vorschlag gebracht.

Artikel 4 fügt in die Gewerbeordnung einen neuen Titel als VII a ein, der eine Reihe von Schutzbestimmungen für die Hausarbeiter umfasst.

Artikel 5 ergänzt die Strafbestimmungen, insbesondere nach der Richtung hin, daß für wiederholte Vergehen gegen gewisse Arbeiterschutzbestimmungen ein erhöhtes Strafmaß und ein erhöhter Mindeststrafsatz eingeführt wird. In den Artikeln 6 und 7 haben diejenigen Vorschriften Aufnahme gefunden, die sich infolge der Änderungen in den vorstehenden Artikeln als erforderlich erweisen. Artikel 8 besagt, daß die neuen Bestimmungen am 1. Januar 1909 in Kraft treten.

Zur richtigen Würdigung des Entwurfes müssen wir uns daran erinnern, daß die letzte allgemeine Reform unserer Arbeiterschutzes vor nicht weniger als 17 Jahren erfolgt ist, und zwar war dies eine schon damals ganz ungenügende Reform. Seitdem hat sich die deutsche Industrie gewaltig entwickelt, die Zahl der männlichen und weiblichen Fabrikarbeiter ist eine viel größere geworden, die Einrichtungen der Fabriken, die Menge und Art der Maschinen, die Arbeitsmethoden haben sich verändert. Endlich hat sich der Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Unternehmern verschärft. Deshalb mußten auch die bestehenden Arbeiterschutzes immer mehr hinter dem zurückbleiben, was die Rücksicht auf die körperliche und geistige Gesundheit unserer Arbeiterklasse erfordert.

Fast alle Arbeitergruppen haben denn auch schon seit Jahren ihre Forderungen in bezug auf den Ausbau unserer Arbeiterschutzes formuliert und ihre Dringlichkeit und Durchführbarkeit eingehend nachgewiesen. Inwieweit der jetzige Entwurf all diesen Forderungen entspricht, das in den Einzelheiten festzustellen, wird die Aufgabe der beteiligten Arbeiter und ihrer Organisationen sein.

Für die Arbeiterinnen haben naturgemäß diejenigen Vorschläge des Entwurfes die größte Bedeutung, die sich auf die Verkürzung der Maximalarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen und auf den Schutz der Hausarbeiter beziehen. Zu den bisherigen Bestimmungen über die Maximalarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen soll zunächst hinzugefügt werden, daß vom 1. Januar 1910 an die Dauer der Arbeitszeit 10 Stunden nicht überschreiten darf, und daß nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewährt ist. Eine weitere Verbesserung ist für solche Mädchen von 14 bis 16 Jahren vorgesehen, die in Anlagen mit ununterbrochenem Betrieb beschäftigt werden. Diesen Mädchen soll nicht mehr, was leider jetzt noch unter gewissen Umständen gestattet ist, die ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden geschmälert werden.

Die Freude an diesen Verbesserungen wird jedoch sehr getrübt dadurch, daß nicht nur all die bisherigen Ausnahmen weiter bestehen bleiben sollen, sondern daß sogar in dieser Beziehung noch weitere Verschlechterungen beabsichtigt sind. Ganz besonders nachteilig müßte die folgende Bestimmung des Entwurfes wirken, wenn sie wirklich in das Gesetz aufgenommen werden sollte:

„Wenn besondere Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in einer anderen Weise geregelt wird, so kann vom 1. Januar 1910 an auf besonderen Antrag eine anderweitige Regelung durch den Reichskanzler gestattet werden. Jedoch darf die Dauer der Beschäftigung 11 Stunden täglich und 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten.“

Zu dieser Ausnahmeregelung heißt es in der Begründung: „Es muß dafür gesorgt werden, daß unter besonderen Umständen insbesondere da, wo eine zweckmäßige Ausnutzung der Maschinen es erwünscht erscheinen läßt, einzelnen Betrieben eine Ausnahme von der Innehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit gewährt werden kann“. Weshalb aber „dafür“ „gesorgt“ werden „muß“, wird in der Begründung nicht verstanden. Der Grund liegt freilich auf der Hand: Weil „eine zweckmäßige Ausnutzung der Maschinen“ dem kapitalistischen Staat wie den Unternehmern wichtiger ist als die Rücksicht auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiterinnen. Von diesem weitstehenden und selbstlosen Standpunkt aus ist aber der Arbeiterschutz überhaupt überflüssig, ja schädlich. In der Tat ist mit der vorgeschlagenen Ausnahmeregelung ein Freibrief dafür ausgestellt, daß die elfstündige Arbeitszeit dort, wo sie jetzt noch besteht, auch nach dieser schönen Reform die Regel bleibt. Dank dem Druck der Gewerkschaften ist schon jetzt in vielen Betrieben eine zehnstündige oder noch kürzere Arbeitszeit durchgeführt. Diejenigen Unternehmer, die sich bisher mit allen Kräften gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gestraubt haben, und deren Arbeiterinnen noch nicht genügend gewerkschaftlich organisiert sind, um sich eine kürzere Arbeitszeit zu erzwingen, — diese Unternehmer werden sich gewiß auf ihre „besonderen Verhältnisse“ berufen und die elfstündige Arbeitszeit für ihren Betrieb verlangen. Die Verträglichkeit aber damit, daß die Dauer der Beschäftigung 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf, ist so gut wie wertlos. Denn die Erfahrungen in anderen Ländern beweisen, daß die Kontrolle darüber, ob eine solche Wochenvorschrift eingehalten wird, undurchführbar ist.

Neu will ferner der Entwurf die Ermächtigung des Bundesrats festlegen, Ausnahmen von dem Verbot der Nachtarbeit für Gewerkschaften zu gewähren, in denen die Verhütung der Nachtarbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich erscheint. Wegen außergewöhnlicher

Häufung der Arbeit können nach wie vor auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 10 Uhr abends an den Wochentagen außer Sonnabend gestatten und daß auf die Dauer von zwei Wochen und unter der Voraussetzung, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreitet. Dazu kommt nach dem Entwurf noch die weitere Bedingung, daß die zu gewährende ununterbrochene Ruhezeit nicht weniger als 10 Stunden beträgt. Ferner darf nach dem Entwurf in diesem Falle vom 1. Januar 1910 an die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreiten. Dagegen ist die Maximaldauer für diese Ausnahmen von 40 Tagen im Jahr auf 60 Tage erhöht worden. Eine nette „Verbesserung“!

Für Anlagen mit ununterbrochenem Betrieb darf der Bundesrat nach wie vor die Arbeitszeit der Arbeiterinnen verlängern. Nach den noch geltenden Bestimmungen soll in solchen Fällen die wöchentliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen nicht länger als 65, in Bergwerken nicht länger als 70 Stunden sein. Nach dem Entwurf soll die wöchentliche Maximalarbeitszeit allgemein 65 Stunden, vom 1. Januar 1910 an 60 Stunden sein.

Einen großen praktischen Wert haben diese Einschränkungen nicht. Entscheidend ist vielmehr, daß die Ausnahmewirtschaft auch nach dem 1. Januar 1910 noch weiter gehen soll, und daß obgleich die Unternehmer in den fast 20 Jahren seit der Festsetzung des ersten gesetzlichen Maximalarbeitszeitgesetzes für die Fabrikarbeiterinnen wahrlich Zeit genug gehabt haben, sich auf eine geregelte Arbeitszeit der von ihnen beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte einzurichten.

Demnach bringt der Entwurf in bezug auf die Verkürzung des Maximalarbeitszeitgesetzes für die Fabrikarbeiterinnen nur eine Reform auf dem — Papier. In der Praxis sollen die alten Mißstände auch weiterhin bestehen bleiben dank den vielen Ausnahmeregelungen des Entwurfes. Arger konnten kaum die Hoffnungen der Arbeiterinnen getäuscht werden.

Ein folgender Artikel wird näher auf die weiteren, ebenfalls ganz ungenügenden Bestimmungen des Entwurfes eingehen. Gustav Hoch-Hanau a. M.

Die Frage der Frauenorganisation vor dem niederösterreichischen sozialdemokratischen Parteitag.

Wenige Wochen nach dem Parteitag und dem Gewerkschaftskongress, die beide in Wien getagt haben, hielten die niederösterreichischen Sozialdemokraten, welche die stärkste Frauenorganisation Österreichs repräsentieren, ihren Landesparteitag ebenfalls in dieser Stadt ab. Ihrer Tagung kam erhöhte Bedeutung zu, weil sie über ein neues Organisationsstatut zu beraten hatte, das den durch die Eroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts geänderten Verhältnissen angepaßt werden mußte. Und in der Folge waren die Beratungen und Beschlüsse auch für die Genossinnen besonders wichtig. Das Statut der niederösterreichischen Sozialdemokraten berücksichtigte bisher die Frauenorganisation nicht; auch das Delegationsrecht der Genossinnen zu dem Landesparteitag sah es nicht vor. Die Genossinnen hatten bis jetzt auch keinen Anspruch auf ein solches erhoben, sondern sich mit dem Vertretungsrecht begnügt, das dem Frauenreichskomitee zu jeder Tagung eingeräumt worden war. Außerdem besaß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ als ein in Niederösterreich erscheinendes Parteiorgan selbstverständlich das Recht, eine Vertretung zu entsenden. Auch zu den Sitzungen der Landesparteivertretung konnte das Frauenreichskomitee immer eine Genossin delegieren. Diesmal wurden von Wien und der Provinz acht Genossinnen zum niederösterreichischen Parteitag als Delegierte angemeldet und ohne jeden Widerspruch anerkannt.

Die Zahl der weiblichen Delegierten brachte das lebhafteste Interesse zum Ausdruck, das die Genossinnen an dem letzten Parteitag nahmen. Die intensive Wahlbewegung hatte ausstrahlend auf die Frauen gewirkt und viele zum politischen Bewußtsein erweckt. Die Kräfte sollten gesammelt und der Partei erhalten bleiben. Von vielen Seiten gedrängt, mußte sich das Frauenreichskomitee mit der Frage beschäftigen, wie man die Genossinnen in eine Organisation zusammenfassen könnte. Denn nicht um den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Industriearbeiterinnen handelte es sich nun, sondern um die Organisation der vielen Tausende nicht erwerbstätiger Frauen von Arbeitern, um die Organisation der proletarischen Hausfrauen und Mütter. Die Bildungsvereine spielen in Österreich für die Arbeiterklasse keine Rolle mehr, sie sind durch die Gewerkschaften und durch die politischen Organisationen ersetzt worden. Separate Frauenorganisationen wurden bis nun für nicht empfehlenswert gehalten, und unzweifelhaft sprechen auch viele Gründe gegen sie. Hätten die österreichischen Frauen das Recht, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören, die Genossinnen wären gewiß ihrer bisherigen Praxis treu geblieben und hätten sich mit den Genossen gemeinsam organisiert. Solange die proletarische Frauenbewegung vorwiegend auf die Lohnarbeiterinnen beschränkt blieb, konnte man mit den seitherigen Organisationsformen auskommen. Durch den Kampf für die Eroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts jedoch war die Agitation auch unter den Arbeiterfrauen lebhafter in Fluss gekommen und wurde als dringendere Notwendigkeit empfunden als früher. Es galt daher, auch für die Organisation der Frauen neue Formen zu schaffen. Nach Beendigung des Wahlkampfes arbeitete das Frauenreichskomitee für die freie politische Frauenorganisation ein Regulativ aus, das an Stelle eines behördlich genehmigten Statuts den Genossinnen ihren Wirkungsbereich und die Art ihrer Tätigkeit skizziert.

Unter freier Organisation verstehen wir die Ausübung des § 2 des Versammlungsgesetzes, welcher den Staatsbürgern das Recht gibt, ohne behördliche Anmeldung Versammlungen abzuhalten, wenn sie auf geladene Gäste beschränkt sind. Alle Genossinnen eines Ortes nun, die den festgesetzten Betrag von 90 Heller im Monat entrichten, gelten nach dem Regulativ als Mitglieder der freien politischen Frauenorganisation und werden in der Regel einmal im Monat zu § 2-Versammlungen geladen, in welchen die zur Ausbildung und Schulung der Genossinnen notwendigen Fragen zur Erörterung gelangen. Außerdem werden öffentliche behördlich angemeldete Agitationsversammlungen abgehalten. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ wird obligatorisch gegeben. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen können mit einem Monatsbeitrag von 10 Heller der freien Frauenorganisation beitreten. Das sind die Grundbestimmungen, nach welchen die politische Organisation der Frauen so lange erfolgen soll, bis das reaktionäre Vereinsgesetz beseitigt ist.

Um die Bedeutung der Frauenorganisation für die Partei klarzustellen, beantragte das Frauenreichskomitee, die Frauenorganisation auf die Tagesordnung des niederösterreichischen Parteitags zu stellen. Die Genossinnen nahmen diesen Antrag an, und die Schreiberin dieses hatte Gelegenheit, auf dem Landesparteitag, der am 15., 16. und 17. November stattfand, über diese Frage zu referieren. Sie legte eine Resolution vor, deren wesentlicher Inhalt als selbständiger Paragraph dem neuen Organisationsstatut der Partei eingegliedert wurde. Dieser Paragraph lautet:

„Um die Agitation unter den Frauen zu fördern, haben die Lokal- und in Wien die Bezirksorganisationen die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen durchzuführen, deren Namen und Adressen der Landesparteivertretung und dem Frauenreichskomitee, auf dem Lande auch dem Bezirksvertrauensmann bekanntzugeben sind.“

Die weiblichen Vertrauenspersonen haben durch die Einberufung von Versammlungen, Abhaltung von Diskussionen die Aufklärung und Organisation der Frauen zu fördern.

Um das Klassenbewußtsein und das politische Verständnis der Frauen zu wecken, haben die weiblichen Vertrauenspersonen für die Verbreitung der Arbeiterpresse im allgemeinen, insbesondere aber für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ zu wirken.

Die Frauenorganisationen sind den Lokal- und Bezirksorganisationen anzugliedern; den Genossinnen ist bei den Konferenzen eine Vertretung einzuräumen.

Die näheren Durchführungsbestimmungen für die Frauenorganisationen werden den weiblichen Vertrauenspersonen vom Frauenreichskomitee bekanntgegeben.“

Der Landesparteitag hat die durch die Referentin vertretenen Vorschläge des Frauenreichskomitees einstimmig angenommen. Befürwortet wurden sie wärmstens vom Parteisekretär, Abgeordneten Genosse Bretschneider. Der niederösterreichische Landesparteitag hat mit seinem Beschlusse für die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung ganz Österreich eine besondere Bedeutung erhalten. Denn werden in Niederösterreich mit der Organisation besondere Erfolge erzielt, so werden auch die Genossinnen in den anderen Teilen des Reiches die neue Organisationsform ausnützen. Allen reaktionären vereinsgesellschaftlichen Bestimmungen zum Trotz bekommen wir dann eine prächtige politische Frauenbewegung. Die Genossinnen werden die bevorstehenden Neuwahlen für die Landtage zur aufläuternden Agitation unter den Frauen des arbeitenden Volkes ausnützen, was jetzt nicht schwer fallen dürfte, wo durch die ununterbrochene Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung alles aufgewühlt ist. So geht es dennoch vorwärts, trotz aller Reaktion, Spießerei und Beschränktheit, die gegen die politische Betätigung der Frauen noch immer die abgedroschenen und heuchlerischen Argumente von der „Gefährdung der Familie“ ins Feld führen. Auch im erleuchteten deutschen Reichstag sind ja in letzter Zeit Worte gefallen, die lebhaft an unsere lieben Wiener christlich-sozial-kerikalen Spießherren und Arbeiterfeinde erinnern. „Die Frau gehört ins Haus“, hieß es im Reichstag. Wo gehören denn die Frauen hin, die kein Haus zu hüten haben oder in deren Haus nichts vorhanden ist, das sie hüten könnten?

Adelheid Popp-Wien.

Deutschland im Jahre 1907.

Das Jahr 1907 war kein Jahr großer äußerlicher Erfolge für die deutsche Arbeiterklasse. Es brachte eine Zeit verschärfter Kämpfe, eine Zeit gestiegenen Kraftgefühls der Gegner, die ihre Waffen vermehrt und verbessert haben. So hat uns das Jahr 1907 in bitteren Erfahrungen ertübt, wichtige Lehren erteilt.

Die Enttäuschung der Reichstagswahlen leitete das Jahr ein. Keine Niederlage des Proletariats, aber auch nicht der erhoffte Sieg, selbst wenn man von der Zahl der Mandate ganz absieht und nur die wichtigere Stimmenzahl mustert. Wir waren an schnelleres, massigeres Wachstum gewöhnt. Und über den glänzenden Siegen hatten wir vergessen, daß auch die Gegner noch über Reserven verfügten, daß sie noch nicht die ganze Summe ihrer Kraft aufgebieten hatten. Die Wahlen haben uns gelehrt, daß ein halbwegs geschickt inszenierter „nationaler“ Wahltrick noch erhebliche Scharen sonst politisch indifferenten an die Wahlurne zu bringen vermag, und daß mit dem Wachsen der Sozialdemokratie zugleich die Furcht der Bourgeoisie vor dem Umsturz und die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß zunimmt. Andererseits kostet uns das Erstarken der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten, das ihr

inneres Wesen immer deutlicher erkennen läßt, auch manche unsichere Mitteldecker. Mit dem Wachstum des Klassenbewußtseins im Proletariat geht auch eine schärfere Scheidung vom Kleinbürgertum und ähnlichen Schichten vor sich.

Das Wahlergebnis des 26. Januar hat uns an diese Dinge erinnert und uns gemahnt, nicht zu viel auf die parlamentarische Karte zu setzen. Es hat uns auf das große Arbeitsgebiet außerhalb des Parlaments verwiesen, wo die wahren Wurzeln unserer Kraft liegen, und wo schließlich in letzter Instanz die Würfel fallen werden in den Zeiten der Entscheidungen.

Die Blockpolitik, die durch die Wahlen aus der Taufe gehoben wurde, hat ein Jahr hinter sich. Bisher ist ihr einziges positives Ergebnis die vollkommene Korruption des deutschen Linksliberalismus. Der deutsche Freisinn hat sich völlig in die Rolle des Regierungslakaien gefunden und ist entschlossen, um der gelegentlichen Trinkgelder willen alle Dienste zu verrichten, die von der Reaktion verlangt werden. Er deckt die Zollwucherbeute der Junker selbst in den Zeiten der bittersten Teuerung, er schweigt wie ein Grab zu den tollsten Übergriffen der Behörden gegen die Arbeiterbewegung, er scheidet sich an selbst Ausnahmefällen in gleiches Recht umzuschwindeln, und er weigert sich mit betnahe grundsätzlicher Festigkeit, einen Kampf ums preussische Wahlrecht zu unternehmen. Im Bewilligen von Heeres-, Flotten- und Kolonialforderungen braucht er die Konkurrenz der Nationalliberalen nicht mehr zu fürchten.

Die Konsolidierung der bürgerlichen Parteien zu der einen reaktionären Masse gegen die Sozialdemokratie hat im Jahre 1907 mächtige Fortschritte gemacht. Es gibt keine ernsthafte bürgerliche Opposition mehr, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen. Denn auch das aus der Gemeinschaft der Regierungsparteien ausgestoßene Zentrum bringt es über kleine Abzweigungen nicht hinaus. Seine „Opposition“ besteht darin, zu zeigen, um wie viel besser es die Geschäfte der Reaktion besorgen würde als der Liberalismus, und wie es mindestens denselben „nationalen“ Eifer im Bewilligen von Militärforderungen entwickeln würde als jener. Die Augustrede des Herrn Spahn, worin er der Regierung eine Vermehrung der Rüstungen um jährlich 25 Millionen anbot, ist ein sprechendes Beispiel dieser Überbietungspolitik des Zentrums.

Es ist nur folgerichtig, daß das Zentrum sich für die preussische Wahlrechtsreform ebensowenig gerührt hat wie der Freisinn. Auf dem Katholikentag zu Würzburg wurde von dem heiklen Thema überhaupt nicht gesprochen. Der Freisinn hatte es nicht so bequem. Er mußte davon reden. Und so redete er denn in einer Weise, daß die Regierung keinen Augenblick im Zweifel sein konnte, er werde nicht kämpfen, aber mit lautem Dank ein neuartiges Wahlrecht entgegennehmen und als gewaltigen Fortschritt über das Dreiklassenystem preisen. Ein Rückfall Naumanns in bessere Erkenntnis, der ihn in den Sommermonaten befiel, war unter dem ernsthaften Zuspruch der führenden Organe des Freisinn bald überwunden, und als der Herbst kam, da setzte sich auf dem Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Berlin und später auf der Einigungsversammlung zu Frankfurt a. M., daß der deutsche Linksliberalismus einig ist in dem Entschluß, für das gleiche Landtagswahlrecht einiges zu reden und nichts zu tun.

In den Mechanismus des deutschen Regierungsapparats rührt das deutsche Proletariat in diesem Jahre allerlei beschreibende Einblicke. Es gab große und kleine Enthüllungen. Bülow's Tätigkeit als Oberwählermacher, die er mit dem Silberbrief an den Generalissimus des Reichslägerverbandes vor der Öffentlichkeit begann, wurde in ihrem ganzen Umfang durch die von einem Zentrumsblatt veröffentlichten Briefe des Flottenvereinsgeneralisimus bekannt. Der Reichskanzler hatte nach napoleonischem Muster gearbeitet, den ganzen Regierungsapparat in den Dienst der Blockparteien gestellt, hatte Reichsbeamte zum Verfassen von Flugblättern und Broschüren und Schutztruppenoffiziere zu Medienkommandiert und ungeniert Gelder der Großindustriellen für die Regierungswahlmache angenommen und weiterbefördert. Noch vor den Reimbüchlein war festgestellt worden, daß der Bondeizwärtischreden, aus dem der deutsche Ordnungsmann bei den Wahlen „nationale“ Erregung schöpfen durfte, niemals zum Wahlpropaganda hätte werden können, wenn die Regierung bekannt gegeben hätte, was sie schon vor der Reichstagsauflösung über die Friedensabsichten der Bondeizwärtis wusste. Und im Mai folgte beim Sturz der Calenberg-Kamarilla die Enthüllung, daß der große Kampf, der angeblich bei der Reichstagswahl um die Ehre der deutschen Nation, um die Weltstellung und Zukunft des Reiches geführt wurde, nichts als ein Schachzug des Reichskanzlers gegen die Intrigen der Calenburger gewesen war. Der deutsche Ordnungsmann, sofern er Ohren hatte zu hören, mußte die angenehme Eröffnung vernehmen, daß die Aufspießung seiner patriotischen Gefühle dem Kanzler nichts als Mittel zu dem edlen Zwecke gewesen war, eine Kamarilla mattsuchen und sich selbst im Besitz der Macht zu halten. Und nicht minder erbaulich waren die Aufschlüsse, die bei dieser Gelegenheit abfielen über die Art und Weise, wie deutsche Politik gemacht wird. Sichtbar wurde die notwendige Begleiterscheinung des persönlichen Regiments, das hinter dem Scheinkonstitutionalismus Preußen-Deutschlands sich kräftig regt, die Kamarilla. Der Ring der unverantwortlichen Ratgeber, der den Willen des Herrschers unbemerkt zu beeinflussen sucht, vermag die Politik der verantwortlichen Staatsmänner so zu durchkreuzen, daß in kritischer Zeit das Ausland aus das Bestehen zweier Richtungen in der deutschen Marokkopolitik hinweisen konnte, und daß infolge dieser Direktionslosigkeit die Gefahr eines Krieges in bedenkliche Nähe gerückt war. Schlimmer fast noch als diese Tatsache war die andere, daß die Kamarilla der Liebenberger nicht

durch eine politische Aktion gestützt wurde, sondern durch persönliche Angriffe, durch Hinweise auf ihr angeblich normwidriges sexuelles Leben. Der Rolke-Garden-Prozess hat diese Dinge noch einmal kräftig unterstrichen und ergänzt durch die Bloßlegung eines sinkenden Sumpfes auf den Höhen der Gesellschaft. In den Kreisen derer, die sich für die Edelstein der Nation halten und für die geborenen Führer und Herren des Volkes, grassiert die Entartung der Sinnenrichtung und macht sich intellektueller Verfall breit, der sich in Hinneigung zum Spiritismus und Gesunbdenen kundgibt.

Das jammervolle Bild arger Desorganisation im Regierungsmechanismus wurde vervollständigt durch den Umstand, daß es der Reichskanzler nicht nur mit der Kamarilla der Liebenberger zu tun hatte. Er mußte sich auch gegen die Machinationen einer Clique seiner Ministerkollegen wehren, die der Blockpolitik abgeneigt sind und lieber rein reaktionäre Politik mit dem Zentrum machen wollen. Bei einer Veränderung im Regierungspersonal gelang es dem Kanzler nicht, den Führer dieser Ministerkamarilla, den preussischen Finanzminister v. Rheinbaben aus dem Sattel zu heben. Dagegen fiel bei dieser Gelegenheit der einzige sozialpolitische Sachverständige der Reichsregierung, der Staatssekretär Graf Posadowsky, der den preussischen Polizeiminister v. Bethmann-Hollweg zum Nachfolger erhielt. Die Scharmacher, denen die schwachbrüstige Posadowsky'sche Sozialreform schon zu weit geht, durften sich eines Erfolges freuen. Die Ara der Blockpolitik ist denn bis jetzt auch sozialpolitisch unfruchtbar geblieben. Die schwächliche Gewerbeordnungsnovelle, die kurz vor Ablauf des Jahres veröffentlicht wurde, ist noch Posadowsky'sches Vermächtnis, und als eigene Tat hat Bethmann-Hollweg bisher lediglich einen Entwurf zur Eröffnung der Selbstverwaltung der Krankenkassen angekündigt. Lebhafter Förderung erfreuen sich alle Versuche, die Arbeiterbewegung zu korrumpieren; der Bund der Streikbrecher, der sich Bund vaterländischer Arbeitervereine nennt, erhielt ein Glückwunschtelegramm Bülow's, daß die Abneigung gegen jede selbständige Arbeiterbewegung, selbst in der zahmen christlichen und Hirsch-Dunderschen Form, deutlich erkennen ließ. Das hat den christlich-nationalen Arbeiterkongress allerdings nicht abgehalten, nach einigem leisen Murren der Regierung sein Vertrauen auszudrücken und eine Wahlrechtsresolution geforsam zu unterdrücken. Zum Überflus predigte der Staatssekretär Bethmann-Hollweg diesem Kongress der Bescheidenen die Tugend der Genügsamkeit, während sein Kollege, der preussische Handelsminister Delbrück, dem Delegiertentag des Zentralverbandes der Industriellen nur den diplomatischen Rat zu geben wagte, seine Kriegserklärung an die Arbeiterklasse in etwas verbindlichere Formen zu kleiden.

Von den beiden „großen liberalen Errungenschaften“ der Blockära, der Reform des Majestätsbeleidigungsparagrafen und dem Reichsvereinsgesetz steht bis jetzt nur so viel fest, daß sie unter der Form des gleichen Rechts feststimmtes Ausnahmeprivileg stabilisiert — ob sie noch etwas verbessert oder verbessert werden, das wird erst das neue Jahr entscheiden. Um so sicherer ist dagegen die neue Belastung des Volks durch eine unerschöpfte Flottenvorlage und die Abwälzung der neuen Steuerlasten, die zur Sanierung der notleidenden Reichsfinanzen von der Regierung entschieden gefordert werden, auf die Schultern der Nichtbesitzenden in Form indirekter Abgaben. Wenn die freisinnigen Kapitalisten ihre Wörferreform haben wollen, so werden ihre parlamentarischen Vertreter nicht herumkommen um die Unterwerfung unter den Willen der Junker und der Bureaucratie, die keine direkten Reichssteuern wollen.

Diese angenehmen Aussichten hat das Jahr 1907 der Arbeiterklasse gleichzeitig mit dem Beginn der Krise und mit einer gewaltigen Teuerung der wichtigsten Lebensmittel beschert. Die im Reichstag gestellte Forderung der Sozialdemokratie, die Teuerung wenigstens durch die Aufhebung der Wucherzölle auf Lebensmittel zu lindern, fand im bürgerlichen Lager so gut wie keine Unterstützung, da der größte Teil des Freisinn sich als Blockpartei verpflichtet fühlte, die Wucherbeute der Junker nicht anzutasten.

Für die Sozialdemokratie hat die neue Ara mit dem Tropfen liberalen Oles bisher lediglich vermehrte und verschärfte Verfolgung durch Polizei und Justiz gebracht. Der ungeheuerliche Hochverratsprozess gegen Liebknecht bezeichnet den Gipfelpunkt einer Praxis, die in schreiendem Gegensatz steht zu der Milde, mit der beispielsweise die Laten amtlicher Kulturpioniere in den Kolonien von den Gerichten beurteilt werden. Die Prozesse gegen die Horn und Puffkammer, der Petersprozess der Münchener Post sind Belege dafür. Die Urteile, noch mehr aber die Enthüllungen dieser Prozesse haben die neue Vernburgära der Kolonialpolitik würdig eingeleitet, deren äußerliche Kennzeichen die Schaffung eines selbständigen Kolonialamts und eines Oberkommandos der Schutztruppe (der werdenden Kolonialarmee) ist, und deren erste größere Leistung die Verflauung der nach den Ausrottungskriegen noch übrig gebliebenen Eingeborenen Südwestafrikas war.

So reichte fast 1907 ein düsteres Bild aus andere. Aber trotzdem ist eine Jahresübersicht nicht aller Lichtblicke bar. Das Klassenbewusste Proletariat hat auf allen Gebieten tüchtig gearbeitet, und das Wachsen und Erstarken seiner Organisationen, seiner Bildungsbestrebungen und seiner Presse legt Zeugnis davon ab, daß die Enttäuschung der Wahlen kein Jagen auskommen ließ. Wohl schieden bewährte Kämpfer aus unseren Reihen, Janoz Auer und Julius Wotteler stehen unter ihnen an erster Stelle, aber der Vornarsch in festgeschlossener Phalanx ging unaufhaltsam weiter. Auer's Hincheiden gab der Sozialdemokratie Gelegenheit, im Wahlkampf von Glauchau-Meerane zu beweisen, daß die Ergebnisse der Blockwahlen sie nicht geworfen haben. Der Inter-

nationale Sozialistenkongress, die Internationale Frauenkonferenz, der Parteitag zu Essen, der preussische Parteitag zu Berlin waren Zeugnisse ungebrochenen Kampfesmut. In des preussischen Wahlrechtskampfes zweitem Abschnitt, den der November 1907 eingeleitet hat, wird die Arbeiterklasse zu zeigen haben, daß für sie das böse Jahr 1907 trotz alledem der Ausgangspunkt zu neuem Fortschritt, zu neuen Siegen war. H. B.

Schularztberichte.

Von Dr. Jadel.

VI.

Im letzten Artikel haben wir eine Reihe von Äußerungen wiedergegeben, in welchen die Schularzte zum Teil berechtigte Klage erhoben über den Mangel an Verständnis, dem sie bei den Eltern der ihrer Fürsorge anvertrauten Kinder begegnet sind. Glücklicherweise sind das nur die Ausnahmen, und auch die werden schwinden in dem Maße, in dem sich die Einrichtung einlebt und steigende Erfolge aufweist. Der Bernburger Bericht meldet zum Beispiel, daß ein Widerstand gegen die schulärztliche Untersuchung niemals, Gleichgültigkeit nur in seltenen Fällen bemerkt wurde. Im Berliner Bericht heißt es:

„Auch in diesem Berichtsjahr kann über die Befolgung der durch die Schularzte erteilten Ratschläge im allgemeinen Günstiges mitgeteilt werden, indem die Ratschläge häufiger befolgt wurden als früher.“

Ein Schularzt spricht sich dahin aus, „daß die Nichtbeachtung der schulärztlichen Ratschläge schon zu den Ausnahmen gehört. Dies gilt für alle Krankheiten.“ Von einem anderen „wird das wachsende Interesse an der Situation und eine zunehmende Befolgung der Ratschläge konstatiert“.

Im achten Schularztkreis wurden genauere Erhebungen angestellt. Es kamen zur Behandlung:

von 227 Augenkranken	181 = 80 Proz.
• 98 Ohrenkranken	59 = 60 „
• 142 Nervenkranken	58 = 41 „
• 257 Nasenrachenkranken	159 = 58 „
• 114 mit Wirbelsäulenverkrümmung	24 = 21 „
• 34 Hauterkrankungen	27 = 80 „

Mit der größeren Beachtung der erteilten Ratschläge vermehrte sich auch die Inanspruchnahme der Schularzte; so teilt der Schularzt des 88. Bezirks mit, „sämtliche Direktoren berichten übereinstimmend, daß sich die Gesuche der Eltern um Untersuchung ihrer Kinder durch den Schularzt außerordentlich vermehrt haben“.

Ein besonderer Wert wird auf die Feststellung der Erkrankungen der Sinnesorgane, von Auge und Ohr, gelegt, da hier nicht allein die Gesundheitsverhältnisse der Kinder in Betracht kommen, diese Erkrankungen vielmehr im Interesse der Schule einer Feststellung bedürfen. Von dem Zustand der Augen und Ohren hängt zu einem wesentlichen Teil der Erfolg des Unterrichtes ab.

Gerade für diese Erkrankungen ist es für die Schule selbst von Wichtigkeit, daß die heilbaren und besserungsfähigen Fälle eine entsprechende Behandlung erfahren. Dieselbe findet statt durch Zuweisung der Kinder an Spezialärzte und durch die Behandlung der wenig Bemittelten in Polikliniken.

Bei den Schwerekranken macht sich die Nichtbefolgung der auf Einleitung einer Behandlung gerichteten Ratschläge besonders fühlbar, da durch ihr Verbleiben der Erfolg des Unterrichtes stark beeinträchtigt wird. Eine interessante Befundung liegt betreffs der Schwerhörigenklassen vor, in welche nur Kinder aufgenommen werden, welche zurückbleiben. Bei der Auswahl von Schülern für diese Klassen fand sich eine größere Anzahl von Kindern, welche die eingeleitete Behandlung wieder in den Stand gesetzt hatte, dem Unterricht zu folgen, so daß eine Aufnahme in die Klassen für Schwerhörige nicht mehr erforderlich war.

In Magdeburg gelang es durch Zureden und persönliche Einwirkung der Schularzte, dem Turnen wieder Kinder zuzuführen, die aus unzureichenden Gründen ferngehalten wurden. In Bräun wurden auf Veranlassung der Schularzte 27 Kinder in Seehospize entsandt, und die Gemeinde beschloß, sich an einem neu zu erbauenden Seehospiz in Triest zu beteiligen und sich darin 28 Plätze dauernd zu sichern. Der märkisch-schlesische Substanzverein versorgte 828 arme kränkliche Schulkinder in seinem Ferienheim. In Offenbach wurden 110 schwächliche Kinder auf städtische Kosten in Bäder (Kreuznach, Orb, Nauheim) entsandt, 16 Mädchen brachten die Ferien in ländlicher Familienpflege zu, für die Zurückgebliebenen, aber Bedürftigen wurde die sogenannte Milchkur in den Sommerferien eingeleitet, ein Milchfrühstück, verbunden mit einem Badspaziergang. „Ein Milchfrühstück im Winter konnte leider auch im letzten Jahre wegen Mangels an Mitteln nicht ausgeteilt werden,“ erklärt der Bericht. In Mannheim wurden 369 Kinder in Ferienkolonien entsandt, eventuell nach dem Koloniaufenthalt weitere Unterstützungen (Milchabgabe, Vollkornbrotabgabe), während des Winters Milch an bedürftige Kinder abgegeben. Ein Milchfrühstück wurde in Darmstadt 88 Schülern verabfolgt. In Frankfurt a. M. schickte man infolge der schulärztlichen Untersuchung Kinder in Badeorte, Ferienkolonien und sonstige Erholungsorte, mit anderen Schülern wurden Ferienwanderungen unternommen. Die von den Schularzten alle 14 Tage in den Schulen abgehaltenen Sprechstunden waren zahlreich besucht, und erfreulicherweise wurde hier öfters von den Eltern der Rat des Schularztes eingeholt. Die Schularzte hielten Vorträge beziehungsweise gaben Unterweisungen über den Wert der Körper-

stenographischen Zeitschriften und durch Agitation innerhalb der Stenographenvereine werden die unerfahrenen jungen Mädchen in den Verband hineingelockt, der offenbar nur rein geschäftlichen Zwecken seiner Gründer dienen soll. Denn der Geldgeber der neuen Organisation soll hauptsächlich in der Schreibmaschinenfirma Ologowski & Co. in Berlin zu suchen sein. Die Verbandsgründer spekulieren insbesondere auch darauf, daß den in Betracht kommenden jungen Mädchen schon wegen ihrer Herkunft eine Organisation, bei der von gewerkschaftlichen Bestrebungen keine Rede sein kann, sympathischer ist als ein Verband, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend wirklich ernsthaft und rücksichtslos die Interessen der Angestellten vertritt. Um den Stenographenvereinen die Agitation für die neue Organisation schmachthafter zu machen, ist die Einführung von Prüfungen zur Erprobung der Leistungsfähigkeit der Mitglieder vorgezogen, offenbar eine Anlehnung an die bisher von den genannten Vereinen gepflogenen Wettstreiten. Daß diese Prüfungen nur Mittel sind, die Ansprüche der Prinzipale ins Ungemessene zu steigern, scheinen die guten Leuten nicht einsehen zu wollen, wahrscheinlich schon deshalb nicht, weil es sich bei der Gründung nicht um eine Interessensvertretung der Angestellten handelt, sondern einzig und allein darum, den Chefs billige und willige Arbeitskräfte zu verschaffen. Um ihr ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen, sollen gewisse Mindestgehälter für gewisse Mindestleistungen gefordert werden, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Angestellte mit einem solchen Gehalt leben kann oder nicht. Daß bei der Gründung die Arbeitgeber die Hand im Spiele haben, beweist die Tatsache, daß sie dem Verbands als unterstützende Mitglieder beitreten können, wovon offenbar die betriebliche Schreibmaschinenfirma Ologowski & Co. schon Gebrauch gemacht hat.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Festsetzung von Mindestgehältern nach Leistungen ein Unding ist. Um ein tüchtiger Stenograph und Maschinenschreiber zu werden, ist jahrelange Übung und praktische Tätigkeit erforderlich. Es wäre daher geradezu widersinnig, den Prinzipalen eine Handhabe zu geben, gegen Hungerlöhne die in der Ausbildung begriffenen Angestellten ausbeuten zu können. Auch die Ausgestaltung des Stellennachweises entsprechend den von dem Verbands entwickelten Gesichtspunkten wäre ein Verbrechen an der Arbeitskraft der Angestellten, zum Nutzen ihrer Arbeitgeber.

Sollen für Stenographinnen und Maschinenschreiberinnen wirklich ernsthaft Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden, so kann dies nicht durch eine Sonderorganisation geschehen, sondern einzig und allein in Gemeinschaft mit den übrigen Bureauangestellten in einem Berufsverband, der auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung steht. Obgleich erst eine verschwindend kleine Anzahl der weiblichen Bureauangestellten dies einsehen, hat die gewerkschaftliche Organisation, der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, für die Stenographinnen und Maschinenschreiberinnen doch schon ganz schöne Erfolge erzielt. In Berlin und einer Reihe anderer Städte sind mit den Arbeitgebern, hauptsächlich Rechtsanwälten, schriftliche Verträge abgeschlossen worden, in denen für die genannten Angestellten angesichts ihrer angestrebteren und für den Arbeitgeber produktiveren Tätigkeit ein erhöhter Gehaltsfuß festgelegt ist, abgesehen von anderen Forderungen, die im Interesse von Leben und Gesundheit liegen. Die Maschinenschreiberinnen und Stenographinnen haben daher keine Veranlassung, sich zu Organisationsexperimenten von Leuten mißbrauchen zu lassen, die aus der Notlage der jungen Mädchen ein Geschäft machen wollen. Für sie gilt wie für alle anderen Schichten von Arbeitnehmern der Ruf: Hinein in die gewerkschaftliche Organisation!

E. B.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrag des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes referierte die Unterzeichnete über die Lebensmittelvertierung und die Wanderlohnsteuer in Sodenheim, Kirchheim, Leimmen, Speyer, Kaiserslautern, Schwellingen, Baden-Waden, Offenbach, Freistätt, Friesenheim, Denslingen, Freiburg, St. Ludwig, Straßburg, Lorsch, Kampertheim, Heppenheim, Biernheim, Hanau, Frankfurt und Bad Orb. Die Versammlungen waren mit Ausnahme von drei gut besucht. Hier und da tobten schon seit Wochen Kämpfe um ein paar Pfennig Lohnerhöhung. Die süddeutschen Fabrikarbeiter haben es wahrlich notwendig, für höhere Löhne zu kämpfen. Gibt doch der Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Herr Dr. Wittmann, in einem Bericht über die Lage süddeutscher Tabakarbeiter den durchschnittlichen Jahresverdienst derselben mit 493 Mk. an. Für die Erreichung dieses Lohnes ist jedoch Bedingung, daß Frauen und Kinder mitarbeiten. In den Städtchen und Dörfern, die traumlich am Fuße des Schwarzwaldes liegen, herrscht überall die Jizarenfabrikation vor. Die Fabriken beschäftigen 10, 100 bis 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Während die Fabrikanten zum größten Teil keine Schlösser bewohnen, haust die Arbeiterschaft in ärmlichen Hütten und hat oft nicht satt zu essen. Überlange Arbeitszeit und Unterernährung zehren an der Gesundheit der Proletarier. Ein Blick in die Arbeitsfäle genügt, um die Macht zu erkennen, welche den Unternehmern hilft, die Arbeitsflaven in Unterwerfung zu halten. Da steht man hier ein Heiligbild, dort einen gekreuzigten Christus, und während des ganzen Tages ertönen fromme Lieder, und das auch in den Betrieben protestantischer Unternehmer, die sich bemühen, mit dem Herrn Pfarrer oder dem Herrn Kaplan auf gutem Fuße zu stehen nach dem Grundsatz: Eine Hand

wäscht die andere. Fast täglich kommen Fabrikant und Geistlicher in die überfüllten Arbeitsfäle, die Brutstätten für Krankheiten sind. Sie sehen die bleichen Wangen, die glanzlosen Augen der Arbeiter, aber was schiert sie das! Überall zeigt sich das gleiche Elend, mag man in den herrlichen Schwarzwald, in die Vogesen oder in die fruchtbare Rheinebene kommen. Die Tabakarbeiter haben bis jetzt stumpfsinnig ihr Loß getragen, nun aber werden sie von der Lebensmittelerhöhung und der Steuer aufgerüttelt. Mögen sie bald mehr und mehr erkennen, daß Beten nicht hilft, den Arbeitslohn auch nur um einen Pfennig zu erhöhen oder die Arbeitszeit um eine Viertelstunde zu verlängern. Der Anschluß an ihre Organisation, an den Deutschen Tabakarbeiterverband, und der Kampf in Reich und Glied der Sozialdemokratie allein werden eine Besserung ihrer Lage herbeiführen, werden eines Tages ihnen das Joch der Lohnflaverei abnehmen.

Marie Wackwitz.

Über das Thema: „Ruf die Arbeiterfrau Sozialdemokratin sein?“ sprach die Unterzeichnete in den folgenden Orten: Ohlsdorf, Finkenwerder, Gimsbüttel, Hamburg, Bergedorf, Silbed, Surhaven, Bramfeld, Wedel, Eppendorf, Ottensen, Altona, Hohensfelde, Hamm, Barmbeck, Moorburg, Schiffbeck und Gr.-Flottbeck. Die gut besuchten Versammlungen waren von den sozialdemokratischen Organisationen einberufen worden und brachten diesen wie auch der Dienstbotenorganisation eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder und der „Gleichheit“ neue Leserkinnen. Sie zeigten, wieviel Kleinarbeit die Hamburger Genossinnen und Genossen geleistet haben. Stolz können diese am Schluß des Jahres auf die verrichtete Arbeit zurückblicken. Sie ließen es auch bei der jetzigen Agitation an Eifer und Opfermütigkeit nicht fehlen und waren in jeder Versammlung anwesend, um die Neugewonnenen aufzunehmen.

Marie Wackwitz.

Das Parteisekretariat der Provinz Pommern hatte in der Zeit vom 16. November bis 11. Dezember eine Reihe öffentlicher Frauenversammlungen einberufen in Laiz, Trep-top, Barth, Stralsund, Torgelow, Stettin, Grabow, Gollnow, Kößlin, Kolberg, Stolp, Bredow, Frauendorf, Padejuch, Greifenhagen, Lassan, Wolgast, Greifswald, Anklam. Die Unterzeichnete referierte in ihnen über das Thema: „Warum müssen die Frauen des Volkes Sozialdemokratin sein?“ Die, von zwei Ausnahmen abgesehen, großartig besuchten Versammlungen ließen erkennen, daß nicht nur die Frauen, sondern auch die große Mehrzahl der Männer der zur Erörterung stehenden Frage ein reges Interesse entgegenbringen. Vor zwei Jahren wurde in Pommern mit der Gründung von Frauenorganisationen begonnen. In einigen Orten ist leider die Bewegung wieder eingeschlafen, in anderen aber berechnen die gegründeten Vereine zu den schönsten Hoffnungen. Namentlich ist das der Fall dort, wo die Frauen in der Industrie tätig sind. In dem industriearmen Pommern herrscht aber die Landarbeit der Frauen vor. In den Speichern der Hafenanlagen zu Stettin verrichten die Frauen schwere Arbeiten, die für ihren Organismus schädlich sind. In Kößlin und Stolp werden sie in der Heimarbeit in der schmächtigsten Weise ausgebeutet. Hungerlöhne gibt es in Kößlin für bunte Leinwandereien, in Stolp für Handlangetten, Bindlöcher und Weißstickereien, die die Augen in fürchterlicher Weise anstrengen. In der letztgenannten Stadt haben die Arbeiterinnen unter der Schmutzkonzurrenz der Offiziersdamen zu leiden, die für jeden Lohn arbeiten. Solche Verhältnisse sind sehr geeignet, auch die gleichgültigsten Frauen aufzurütteln und für den Sozialismus zu gewinnen. In verschiedenen Orten, in denen die Organisationen gute Fortschritte machen, sind die Genossinnen zu praktischer Betätigung übergegangen. Sie haben unter anderem den dringend nötigen Kampf gegen die Kinderausbeutung aufgenommen, indem sie Schutzkommissionen bildeten, welche der trotz des Kinderschutzgesetzes schwinghaft betriebenen Auswucherung kindlicher Arbeitskräfte entgegenzutreten. In den Versammlungen trat viel Begeisterung zutage. Sie zu schüren und zur klaren Überzeugung zu entwickeln, ist Aufgabe der örtlichen Vertrauenspersonen. Der „Gleichheit“ wurden 107 neue Abonnentinnen und den Bildungsvereinen 48 neue Mitglieder gewonnen. 37 Genossinnen traten als freiwillige Beitragszahlerinnen der Partei bei. Alle neu gewonnenen Kämpferinnen werden ehlich ihre Kraft in den Dienst unserer Ideen stellen. Ein großes Arbeitsfeld liegt vor ihnen. Aber der Anfang mit seiner Bestimmung ist gemacht, es heißt nun rüstig vorwärts! Für die Frauen und Mädchen des Proletariats gibt es kein ruhiges In-den-Tag-hineinleben, sie müssen den Kampf aufnehmen für Freiheit und Menschenrecht!

Martha Hoppe-Berlin.

Zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung wurden in Hannover-Linden und Walsfel am 18., 19. und 21. November v. J. drei öffentliche Frauenversammlungen abgehalten, in denen die Unterzeichnete über das Thema referierte: „Der Feinstundentag und die bevorstehende Novelle zur Gewerbeordnung.“ Das Referat schilderte die rücksichtslose Ausbeutung der Frauen durch das Kapital, begründete die einzelnen Forderungen eines gründlichen gesetzlichen Arbeiterschutzes und zeigte an der Hand vorliegenden Materials, daß die in Aussicht stehende Novelle zur Gewerbeordnung diesen berechtigten Forderungen nicht entsprechen würde. Zum Schutz gegen ihre Ausbeutung, so betonte es weiter, müßten sich die Frauen in der gewerkschaftlichen Organisation zusammenschließen und auch politisch kämpfen, damit die bürgerlichen Parteien und die Regierung durch den Druck der Massen zu ernstlichen Sozialreformen gezwungen werden. 70 Frauen kamen der Aufforderung nach, die „Gleichheit“ zu abonnieren und freiwillige Beiträge zu entrichten. Die Aufklärungsarbeit unter

den Frauen Hannovers zeitigt gute Früchte. 1800 Frauen befanden im letzten Jahr durch die Zahlung freiwilliger Beiträge ihre Zugehörigkeit zur Partei. Auguste Boffe.

Anfang Dezember fand in Düsseldorf eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genosse Haberland-Eberfeld über „Frauenrechte und Frauenpflichten“ referierte. Kaum sechzig Frauen waren leider nur in der Versammlung anwesend. Als Entschuldigung können die Genossinnen, die ihr fernblieben, keinesfalls geltend machen, daß sie zwei Tage vorher den Reitationsabend von Frau Balkotte besucht hatten. Sie hatten die Verpflichtung, auch bei der ersten Veranstaltung zur Stelle zu sein. Hoffentlich ist in der nächsten Versammlung jede Genossin anwesend. Mit dem Abonnement auf die „Gleichheit“ allein ist es nicht getan. Der Kampf für unsere Sache erfordert pflichtgetreue Arbeit bei jeder Gelegenheit. Gerade in Düsseldorf, wo infolge der Krise in den lokalen Industrien eine große Notlage im Anzuge ist, wo die Lebensmittelpreise besonders hoch sind und ein unerhörtes Wohnungselend herrscht, das zwar von stadträtlichen „Untersuchungen“ hinweggetäuscht werden soll, aber nichtsdestoweniger sich fühlbar macht, wäre eine kraftvolle proletarische Frauenbewegung nötig. Nur wenn die Getretenen den Volkserzetzern gegenüber ihre eigenen Interessen verteidigen, werden bessere Zeiten kommen. Genossinnen, wir könnten manches erreichen, wenn alle die, deren Herzen für unsere Sache schlagen, den Mut zur Betätigung ihrer Überzeugung fänden. Tue jede für ihre Person ihre Pflicht, und das gute Beispiel wird andere lehren. Frisch aus Werk! Es kämpft sich nicht schlecht für Freiheit und Recht! L. A.

Landarbeiterversammlungen fanden an den Sonntagen des November und Dezember im Hamburger Landgebiet und im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis statt, und zwar in Lüheln bei Oldesloe, in Volksdorf, Wohldorf und Altengamme. Genossin Zieg referierte. In der sehr stark besuchten Versammlung des erstgenannten Ortes lautete die Tagesordnung: „Was haben die Landarbeiter von der Sozialdemokratie zu erwarten?“ Eine Anzahl der Anwesenden trat dem sozialdemokratischen Verein bei, und zahlreiche Frauen abonnierten die „Gleichheit“. „Was wollen die Sozialdemokraten?“ war das Thema, das in den übrigen Versammlungen behandelt wurde. Besonders stark besucht, auch von Frauen, war die Versammlung in Wohldorf, wo 22 Personen, darunter 8 Frauen, Mitglieder der Partei wurden und einige „Echo“ und „Gleichheit“ bestellten. Großer Beliebtheit erfreut sich bereits unter der Bevölkerung des Hamburger Landkreises die erst seit kurzem von der Hamburger Parteileitung herausgegebene Monatschrift „Der Hamburger Landbote“. L. Z.

Von den Organisationen. Im Oktober v. J. wurde, wie bereits gemeldet, in Ludwigshafen a. Rh. ein Frauen- und Mädchenbildungsverein gegründet, der kräftig gedeiht. Er zählt jetzt schon 200 Mitglieder, gewiß ein Beweis dafür, daß seine Gründung einem Bedürfnis entsprach. Die Mitgliederversammlungen, die alle 14 Tage stattfinden, waren seither durchweg zahlreich besucht, ebenso die abgehaltenen Diskussionsabende. Die Vorträge, die die Genossen hielten, wurden mit großem Beifall aufgenommen, und die Genossinnen beteiligten sich sehr reger an der Diskussion. Vor kurzem wurde in der Vorstadt Friesenheim eine Sektion des Vereins gegründet, der bereits über vierzig Mitglieder angehören. Diese Tatsachen sprechen dafür, daß das Interesse der Frauen an öffentlichen Leben schon geweckt ist, und daß es nun gepflegt und weiterentwickelt werden muß. Wenn die Genossinnen in ihrer Agitation wie bisher fortfahren, dann werden die proletarischen Frauen in Ludwigshafen bald nicht mehr den Männern im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe hindernd im Wege stehen, sondern ihre tapferen Mitstreiterinnen sein. Den Mitgliedern wird zum Zwecke besserer Aufklärung vom 1. Januar 1908 ab die „Gleichheit“ geliefert werden. Die Behörde schenkte der neuen Organisation bereits ihre Aufmerksamkeit und versuchte, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Sie mußte jedoch lassen, was sie nicht tun konnte. Der Stein der proletarischen Frauenbewegung ist im Rollen und wird so leicht nicht aufgehalten werden können. Mögen die Genossinnen tapfer weiterarbeiten und weiterkämpfen! Mögen sie das Feuer der Begeisterung für die sozialdemokratischen Ideale schüren, damit es nicht erlischt, sondern heller und heller aufleuchtet! Dann werden auch wir trotz aller Feinde und Hindernisse mit Ferdinand Freiligrath austrufen können: „Anfer die Welt trotz alledem!“ Lina Niedl.

Weimar. Wenig geräuschvoll, aber desto intensiver arbeitet hier die Sektion der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Volksvereins. Nachdrücklich in der für die Sektion angeordneten Generalversammlung der alte Vorstand, bestehend aus den Genossinnen Körber, Beck und Leppert, wiedergewählt wurde, so jetzt ein Vortragsabend statt. Genosse Brox sprach in seßfesselter Weise über das Thema: Religion und Jugenerziehung. Mit besonderem Nachdruck legte er der gut besuchten Versammlung ans Herz, in der Auswahl der Jugendschriften ja recht vorsichtig zu sein und dazu das Verzeichnis der in der „Gleichheit“ empfohlenen Schriften zur Hand zu nehmen. In der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Baudert und Reid. Während der Wintermonate sind noch mehrere interessante Vorträge in Aussicht genommen.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Stettin. Die Stettiner Genossinnen haben bei den letzten Reichstagswahlen tatkräftig mitgearbeitet. Sie verbreiteten Flugblätter, beteiligten sich an schriftlichen Arbeiten und halfen am Tage der Wahl in den Bureaus. Unter den Frauen wurde ein besonderes Flugblatt in 10000 Exem-

plaren verteilt. Während der Wahlkampagne berief die Vertrauensperson zwei öffentliche Frauenversammlungen ein, in denen Genossin Liez-Berlin referierte. Die Versammlungen waren sehr gut besucht und brachten durch Zellerfammlungen 54,84 Mk. ein, die dem Stettiner Wahlfonds übergeben wurden. Die Genossinnen nahmen auch Anteil an der Agitation für den „Volksboten“ und an einer Flugblattverbreitung zugunsten der Genossenschaftsbewegung. Sie verkauften 50 Broschüren über die Gesundheitspflege des Weibes und Broschüren über die Schädlichkeit des Alkohols. Das Merkblatt: „Der Kampf um die Rente“ wurde gratis an die Genossinnen abgegeben. Die „Gleichheit“ wird von den Genossinnen unentgeltlich ausgetragen. Die Vertrauensperson nahm an 16 Sitzungen in Stettin und Bornorten teil und regelte auf Ersuchen der Genossin Baader auch außerhalb Parteigeschäfte. Es gelang ihr, dem Bildungsverein im Laufe des Jahres 23 neue Mitglieder zuzuführen. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtete sie es, Genossinnen zur Zahlung freiwilliger Parteibeiträge zu veranlassen. Mehrere Genossinnen waren eifrig bemüht, Parteibonds à 5 Pf. zu vertreiben. An freiwilligen Beiträgen kamen 35,60 Mk. ein gegen 19,90 Mk. im Vorjahre und für Parteibonds 26 Mk. Dem Agitationsfonds der Genossinnen in Berlin wurden im ganzen 115,90 Mk. überwiesen. Aus Geldmangel mußte von einer Beschickung der Internationalen Frauenkonferenz und des Internationalen Kongresses wie des Offener Parteitags Abstand genommen werden. Die Genossinnen müssen es sich mehr als jeher angelegen sein lassen, die proletarischen Frauen zu materieller Opferfreudigkeit zu erziehen, damit der Vertrauensperson genügend Mittel für die Agitation zur Verfügung stehen. Auch für den Bildungsverein müssen sie kräftig werben und auf dessen Organ, die „Gleichheit“, hinweisen, die ja auch über die proletarische Frauenbewegung im Auslande berichtet, wodurch den Genossinnen manche fruchtbare Anregung zuteil wird. Wie bereits in Nr. 23 v. J. mitgeteilt wurde, liegt das Amt der Vertrauensperson jetzt in den Händen von Genossin Steinmüller, da Genossin Horn, es nach zweijähriger Tätigkeit niederlegte. Es ist die Pflicht jeder Genossin, die Vertrauensperson nach besten Kräften zu unterstützen. B. H.

Politische Rundschau.

Reichstag und preussischer Landtag gingen in der Mitte des Dezembermonats in die Ferien. Die letzte Leistung des Reichstags war die erste Lesung der Börseureform, aus der so viel hervorging, daß die Konservativen die Freisinnigen noch einige Zeit zappeln lassen wollen, bis diese Gegenleistung gegeben haben. Börseureform gegen Zustimmung zum Vereinsausnahmegesetz und zu neuen indirekten Reichsteuern und dem die Junker versorgenden Branntweinmonopol. Das ist ein teurer Preis, aber es scheint immer mehr, daß der Freisinn ihn schließlich zahlen wird. Die Erörterung der Reichsfinanzfragen hat die weihnachtliche Zeit mit sehr unfriedlichem Diskussionsstoff versehen. Immer herrlicher erklären Konservative und Bundesregierungen, daß direkte Steuern im Reiche für sie unannehmbar sind, immer offener tritt zutage, daß neben der Abneigung der Besitzenden, zu zahlen, auch die wohlüberlegte Absicht dabei mitspielt, die Verfügung über die Reichseinnahmen dem Reichstag möglichst zu entziehen. Übrigens haben die Konservativen ihren freisinnigen Blockbrüdern auch sonst allerlei sinnige Weihnachtsgeschenke bereitet. Der konservative Parteitag zu Berlin hat von Zugeständnissen an den Liberalismus absolut nichts wissen wollen, sondern gegen die Börseureform gepölkert. Aus seinen Erklärungen zur preussischen Wahlrechtsfrage liest die jedenfalls gut orientierte „Kreuzzeitung“ heraus, daß er sich gegen jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts gewendet habe, während das Bülows-Blatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, lediglich einen Protest gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen gehört haben wollte. Aber Bülow hat dafür ein anderes Pfaster für den armen Freisinn bereit. Er erließ ein Rundschreiben an die Bundesregierungen, wonach der Zeugniszwang nur in besonders wichtigen Fällen angewendet werden soll. Es ist das Eingeständnis Bülowscher Ohnmacht, ein Gesetz durchzubringen, das den unstilligen Zeugniszwang gegen die Presse abschafft. Aber der genügliche Liberalismus jubelt über die „neueste Blockfrucht“. Von einem anderen Erlaß, den der preussische Justizminister ergehen ließ, redet seine Presse dafür um so weniger. Der Erlaß fordert nämlich die Staatsanwälte auf, bei jeder bietenden Gelegenheit, namentlich aber wenn hofsequelle Vergehen zur Sprache kommen, den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen. Er ist offensichtlich eine Frucht des ersten Hardenprozesses. Die Bloßstellung des allerchristlichsten deutschen Adels im öffentlichen Verfahren ist unlieblich in den Kreisen der Herrschenden verspürt worden. Sinnig soll das deutsche Volk vor unfittlicher Erkenntnis der beschädigten sittlichen Qualitäten seiner ihm von Gott gesetzten Herren besser geschützt werden. Im zweiten Hardenprozeß, der in der letzten Woche vor Weihnachten begann — die Verhandlung ist eine beständige Retirade des einst so fähigen „Reiters des Vaterlandes“ —, hat dieser Erlaß bereits seine Wirkung getan. Bei den wichtigsten Verhandlungen ist die Öffentlichkeit beseitigt worden, und das Streben des Gerichts ging weit hinaus über seine gesetzliche Befugnis, die Öffentlichkeit von der Mitteilung unächtiger Vorgänge in unächtiger Form zu behüten. Der Vorsitzende erließ zwar nicht ein Schweigebot, wozu er auch kein gesetzliches Recht gehabt hätte, aber er wußte Schweigen zu erreichen durch eine „Bitte um Diskretion“. Und daß diese

Bitte den Bruch des Schweigens in einigen nebensächlichen Punkten nicht verhindern konnte, vermerkte der Oberstaatsanwalt sehr mißfällig. Graf Runo Moltke soll also nach dem Wunsch der Justizbehörde im geheimen Verfahren rehabilitiert werden.

Im preussischen Landtag gab's vor Schluß noch eine konservative Attacke auf die Landarbeiter. Die Regierung versicherte natürlich, daß sie bereit ist, alles nur mögliche zur Anebelung der Landarbeiter zu tun. Sie konnte auch schon auf eine Tat verweisen. Die ausländischen Arbeiter — einerlei ob ländliche oder industrielle — werden künftig gezwungen werden, eine dem alten, abgeschafften Arbeitsbuch ähnliche Legitimationskarte zu führen, die auf den Arbeitgeber ausgestellt ist, von ihm verwahrt wird und nur bei regulärer Lösung des Arbeitsverhältnisses auszuliefern ist. Ohne diesen Beweis, daß kein Kontraktbruch vorliegt, wird der ausländische Arbeiter also nirgends Arbeit finden und schleunigst ausgewiesen werden. Es ist sehr bezeichnend für den deutschen Freisinn, daß er nichts einzuwenden hatte gegen diese völlige Wehrlosmachung der ausländischen Arbeiter, die diese förmlich zu bedingungslosen Lohndrückern und Arbeitswilligen preist.

Im Flottenverein ist ein Sturm im Wasserglas ausgebrochen. Die Erwählung des Generals Keim zum geschäftsführenden Vorsitzenden hat den Prinzen Ruprecht von Bayern und nach ihm andere zum Austritt veranlaßt. Es ist das kein Protest gegen Keims wüste Flottentreiberei, sondern auf seine Rolle im letzten Reichstagswahlkampf zurückzuführen, wo er einer der Hauptwahlmacher des Blocks war und in dieser Eigenschaft kräftig gegen das Zentrum gewählt hat. Alles, was Wert auf ein leidliches Verhältnis zum Zentrum legt, rebelliert jetzt gegen Keim, und darum rebellieren bemerkenswerterweise nicht nur bayerische Prinzen, sondern auch eine Reihe anderer deutscher Fürstlichkeiten und vor allem die — preussischen Konservativen.

Aus der deutschen Kolonialchronik ist zu buchen, daß das Urteil gegen den ehemaligen Logo-Gouverneur Horn, der den Neger Jedu am Pfahl verschmachten ließ, in höchster Instanz auf 300 Mark Geldstrafe und Veretzung gemildert wurde — das erste Urteil hatte auf 800 Mark Geldstrafe und Dienstentlassung mit Belassung von drei Viertel der Pension gelautet.

In Frankreich gab es einige übel duftende Enthüllungen. Die „Humanité“ deckte auf, daß die Regierung von dem einflußreichen Kapitalistenblatt „Matin“ eine Schuld von 600000 Mark nicht einzutreiben wagte. (Zwischen ist auf Grund der „Humanité“-Artikel nach längerem Sträuben die Summe gezahlt worden.) Gleichzeitig konnte die „Humanité“ die Namen zahlreicher französischer Diplomaten nennen, die bei Marokkogründungen beteiligt sind. — Wegen Beleidigung der Armee wurde Hervé neuerdings zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

In Rußland wütet die Reaktion, auf die reaktionäre Duma gestützt, in schamloser Weise. Der Prozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma und eine Reihe anderer Sozialdemokraten, der vor dem Ausnahmegericht des Senats geführt wurde, mußte vor kurzem vertagt werden, weil unsere Genossen sich weigerten, sich vor solchem Ausnahmegericht zu verantworten. Plötzlich ist er nun in Abwesenheit der Angeklagten beendet worden. Von den 49 „Verbrechern“ wurden elf zu fünf, fünfzehn zu vier Jahren Zwangsarbeit und zwölf zu Zwangsansiedlung verurteilt, die anderen freigesprochen. Unter den zu der schwersten Strafe Verurteilten ist auch der Führer der einstigen Dumafraktion Jeretelli. Einige Tage später hat der große Hochverratsprozeß gegen die Mitglieder der ersten Duma begonnen, die seinerzeit den Wiborger Aufruf zur Steuerverweigerung und zur Erhebung gegen den Staatsstreich unterschrieben haben. Aus Riga werden erneut fürchterliche Greuel der geheimen Polizei an Untersuchungsgefängnissen gemeldet.

In Persien ist ein Anschlag des Schahs und seiner reaktionären Hintermänner auf die junge Verfassung und ihren Träger, das Parlament, infolge der entschlossenen Haltung der Bevölkerung abgeschlagen worden. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Über das Vordringen der industriellen Frauenarbeit geben uns die alljährlichen Berichte der Gewerbeinspektoren ein annäherndes Bild, das allerdings erst durch die Veröffentlichung der Ergebnisse der Berufszählung von 1907 eine umfassende Ergänzung finden wird. Ständig erschließen sich der Frauenarbeit weitere Gebiete industrieller Tätigkeit, und in den von ihr eroberten Industrien wächst die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte. Nach den Berichten allein der preussischen Gewerbeinspektoren hat die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen in den industriellen Betrieben Preußens im Jahre 1907 um 5,6 Prozent zugenommen gegen 4,6 Prozent im Vorjahre; 698 810 erwachsene Arbeiterinnen wurden gezählt. Die Textilindustrie steht in der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte mit rund 120 000 Arbeiterinnen obenan. Dann folgt die Kleider- und Wäschekonfektion mit 77 000, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 55 000, die Zigarrenfabrikation mit 36 000, die Metallverarbeitung mit 26 000 Arbeiterinnen; in der Industrie der Maschinenwerkzeuge, Instrumente und Apparate werden 24 000 Arbeiterinnen beschäftigt. Ebenso hat die Frauenarbeit in den polygraphischen Gewerben, im Handelsgewerbe und in den Bergwerken zugenommen. Welchen Einfluß auf den Arbeitsmarkt, auf Lohnhöhe und Arbeitszeiten vermöchten die Industrieproletarierinnen auszuüben, wenn sie sich durch geschlossenes Vorgehen auf der Bahn der freien

Gewerkschaften ihr Loos erträglicher zu gestalten versuchten! Aber auch den Gewerkschaften müssen die angeführten Zahlen ein Mahnruf sein, der Organisierung der Arbeiterinnen ein noch weit größeres Interesse entgegenzubringen, als das bisher geschah.

Der Beirat für Arbeiterstatistik hat sich in einer Sitzung mit dem Ergebnis der Erhebungen über die Arbeitszeit der in Plättanstalten und Wäschereien tätigen Personen — fast ausschließlich Arbeiterinnen — befaßt. Man schlug vor, die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen auf diese Betriebe und auch auf die Kleinbetriebe auszudehnen und diese der Gewerbeinspektion zu unterstellen. Wirkung haben solche gesetzliche Bestimmungen bekanntlich nur dann, wenn starke gewerkschaftliche Organisationen für ihre Überwachung und Durchführung sorgen.

Zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen haben die Scharfmacher im Baugewerbe in einer außerordentlichen Generalversammlung einen umfassenden Kriegsplan geschmiedet, der darin gipfelte, alle Tarifverträge so abzuwickeln, daß sie zum 31. März 1910 ablaufen sollten, um einer Kraftprobe die Tür zu öffnen. Ein günstiger Wind wehte das Protokoll dieser geheimen Verhandlungen der Redaktion des Maurerorgans auf den Tisch. In vielen tausend Exemplaren ist es den Gewerkschaftsblättern der Bauarbeiter als Extrabeilage beigelegt worden.

Für das Textilgewerbe scheint die hereinbrechende Krise schwere Zeiten mit sich zu bringen. Die Unternehmer benutzen die Situation zu Lohnreduktionen, so im Erzgebirge und in Rheinland-Westfalen, wo Abzüge in der Höhe von 15 bis 20 Prozent angefündigt wurden. Die Unternehmer sind darin gar nicht blöde, sie machen ganze Arbeit, während die Textilflaven um 5 Prozent Lohn-erhöhung oder eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung oft wochen- und monatelang ringen müssen. Im Derner Streikdistrikt ist beim Schreiben dieser Zeilen die Situation unverändert. Aus Krefeld depechierte das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau wenige Tage vor Weihnachten: „Die gestrige Versammlung der Seidenspinner fordert bedingungslose Arbeitsaufnahme seitens der ausländischen Stoffweber am Sonnabend, sonst würde mit den Mitteln der Aussperrung vorgegangen werden.“ Wie doch die Unternehmer Weihnachtstimmung unter der Arbeiterschaft zu verbreiten suchen!

Eine Aussperrung von circa 300 Tabakarbeitern und -arbeiterinnen ist in Emmerich, einem kleinen deutschen Städtchen an der holländischen Grenze, vorgenommen worden. Die Unternehmer haben voriges Jahr in eine kleine Lohnaufbesserung willigen müssen. Als die Arbeiter einer einzelnen Fabrik den wieder einreisende Lohnverschlechterungen entgegentraten, wurden sie ausgesperrt, und die Unternehmer suchten durch Entlassung der Vertrauensleute die Organisation am Orte lahmzulegen. Die Gegenmaßnahmen der Organisation beantworteten die Unternehmer mit einer Gesamtaussperrung.

Die Generalkommission beruft den diesjährigen deutschen Gewerkschaftskongress zum 22. Juni nach Hamburg ein. #

Aus dem Rheinland. In der Grefelder Textilindustrie tobt augenblicklich ein Machtkampf, wie ihn der Niederrhein noch nie gesehen hat. Die Weber und Weberinnen der Strawattensstoffbranche waren um eine 10- respektive 15-prozentige Lohnerrhöhung eingekommen. Da die Fabrikanten jedes Zugeständnis verweigerten und eine Verhandlung mit den Verbandsvertretern ablehnten, sah sich die Arbeiterschaft gezwungen, zur Kündigung zu schreiten, um auf diese Weise Verhandlungen zu erzwingen. Das Arbeitspersonal von vier Betrieben reichte die Kündigung ein. Das war für die Fabrikanten das Signal, die Bewegung zu einer Machtkprobe zuzuspitzen. Der Fabrikantenverband trat in Aktion und warf 11 000 Arbeitern in Grefeld und Umgebung die Kündigung zu. Nur mit Mühe und Not gelang es dem Gewerbeberater Bredow, an den die Verbandsleiter sich wandten, eine Verhandlung in der Handelskammer herbeizuführen. Doch obgleich die Verbandsvertreter die Hand zum Frieden entgegenstreckten und bereit waren, ein Kompromiß abzuschließen, zeigten die Fabrikanten keinerlei Entgegenkommen, sondern beharrten darauf, daß die Arbeiter bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Schweren Herzens sahen sich die Verbandsleiter veranlaßt, in einer großen öffentlichen Versammlung den Arbeitern zu raten, sich dieser Zumutung zu fügen und im gegebenen ungunstigen Augenblick mit Selbstverleugnung ihre berechtigten Forderungen zurückzustellen. Aber der jahrelang angehäuften Groß der Arbeiter war stärker als alle Vernunftgründe der Verbandsvertreter. Die Disziplin versagte, und die Arbeiter beschloßen einstimmig, gegen den Willen der Verbandsleiter den Streik fortzusetzen. Seit Montag den 23. Dezember 1907 ist darauf die Aussperrung von 11 000 Arbeitern perfekt geworden. Darunter sind Tausende Arbeiterinnen, sind doch allein in der Grefelder Stoffindustrie 2000 verheiratete Frauen beschäftigt. Wenn diese Zeilen erscheinen, hat auch der Verband der Samt- und Plüschfabrikanten Stellung zum Kampfe genommen, und wenn bis dahin der Konflikt nicht beigelegt ist, so wird auch dessen Beschluß auf Aussperrung lauten. Damit würden dann 25 000 Menschen in den Bannkreis der Aussperrung gezogen sein und auf dem Pfaster liegen. Also will es diese „göttliche“ Weltordnung! W. Kähler.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Das erste Stiftungsfest des Hamburger Vereins der Dienstmädchen, Wäscher und Scheuerfrauen, welches am 13. November 1907 im Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, war überaus stark besucht. Trotzdem es an einem Werktag, Mittwoch, abgehalten wurde, reichten sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses kaum aus, um die Massen zu fassen. Mustergütlich hatten Vorstand und Festkomitee ihre Arrangements getroffen. Der gemischte Chor des Vereins für Kunstpflege brachte eine Anzahl beliebiger Volkslieder vorzüglich zu Gehör. Fräulein Hamborf vom Schauspielhaus erntete für ihre feinnuancierten, teils scheinischen, teils ernsten Rezitationen stürmischen Beifall, und wir hörten wiederholt, wie die Mädchen hochbefriedigt von dem Darbietenden zweinander sagten: „Bei uns ist es doch prächtig.“ Der von Genossin Geeren verfasste und vorgetragene Prolog, den wir in nächster Nummer veröffentlichen, sowie die von Genossin Zieh gehaltene Festrede waren dem Charakter des Tages angepaßt. Bei Tanz und froher Unterhaltung blieben die Teilnehmer lange beisammen. Das wohlgeungene Fest hat sicher dazu beigetragen, den Zusammengehörigkeitsgedanken unter den Mitgliedern des Vereins zu stärken, und die mehr als 500 M. Überschuss, die beträchtlich zur Stärkung der Kasse beitragen, sind sicherlich nicht zu verachten.

Eine sehr stark besuchte Dienstmädchenversammlung in Hannover tagte am Anfang Dezember vorigen Jahres. Genossin Zieh referierte über: „Der Dienstmädchen Freude und Leid“. Sie schilderte eingehend die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage der Mädchen und legte den Anwesenden gleichzeitig den Wert einer starken Organisation klar. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich in sehr geschickter Weise verschiedene Mädchen. Mehr als sechzig Aufnahmen in den Verein wurden erzielt. In Hannover haben Gewerkschaftskartell und eine Anzahl Genossinnen seit kurzem die Vertretung unter den Dienstmädchen mit gutem Erfolg eingeleitet. Wird die junge Organisation erst ihren unentgeltlichen Stellennachweis eingerichtet haben, so geht es, das sind wir sicher, noch schneller mit der Organisation der „Hausfrauen“ vorwärts.

Der Verein der Hausangestellten von Hannover und Umgegend, der vor wenigen Wochen von dem dortigen Gewerkschaftskartell gegründet worden ist, hielt am 17. November v. J. eine öffentliche Versammlung ab, zu der sich die Dienstmädchen in großer Zahl eingefunden hatten. Genossin Woffe-Bremen hielt das Referat; sie schilderte die gesundheitlichen Gefahren des Dienstbotenberufs und die wenigen Rechte und vielen Pflichten, welche die Dienstmädchen unter der heutigen Gesindeordnung haben. Es liege im Interesse der Mädchen selbst, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Kräftigung der Organisation zu arbeiten, damit diese stark genug wird, um die Gesindeordnung durch einen freien Dienstvertrag auszuscheiden und die menschenunwürdigen Verhältnisse zu beseitigen, unter denen die Mädchen auch in Hannover noch so bitter zu leiden haben. Die Anwesenden gaben während des Vortrags mehrfach ihrer Zustimmung Ausdruck, und zahlreiche Mädchen schlossen sich dem Verein an.

Die Dienstbotenbewegung in der Schweiz. In Zürich ist kürzlich die erste Dienstbotenorganisation in der Schweiz gegründet worden, und es besteht die Absicht, sie vorläufig dem Schweizerischen Arbeiterinnenverband als Sektion anzugliedern. Sollten auch an anderen Orten Dienstbotenvereine gegründet werden, was sehr zu wünschen ist, so würden sich die Organisationen wohl zu einem besonderen Verband zusammenschließen.

Bezüglich der Dienstbotenverhältnisse in der Schweiz sei bemerkt, daß hier selbstverständlich eine „Gesindeordnung“ nicht besteht. Es gilt der freie Arbeitsvertrag mit den ortsüblichen Kündigungsfristen, die im allgemeinen 14 Tage betragen. Wochenlohn und Monatslohn bestehen nebeneinander. Ersterer beträgt häufig 4, 5 und 6 Fr., es vorkommt aber auch niedrigere und höhere Bezählung vor. Die Monatslöhne stellen sich auf 15, 20, 25, 30 bis 40 Fr., für Köchinnen usw. auf 60 bis 80 Fr. Die Arbeitszeitverhältnisse sind noch so unregelmäßig wie anderwärts, der Sonntagnachmittag ist häufig nur für einige Stunden frei. Die Kost ist zum großen Teil qualitativ und quantitativ befriedigend, weniger das Logis, das nicht selten in einem unheizbaren und nur dürftig „möblierten“ Zehre mit einem schlechten Bette besteht. Die Behandlung der Dienstmädchen ist wohl in sehr vielen Fällen eine anständige, aber Beschimpfungen, körperliche Mißhandlungen, Verführung durch die Dienstherren oder ihre Söhne kommen ebenfalls vor. Die Frauen und Mütter der Verföhrteten wirken dafür eifrig in den Vereinen zur Hebung der Sittlichkeit im „gemeinen Volke“. Streitigkeiten finden nach dem gemeinen Recht und vor dem ordentlichen Richter ihre Einleitung.

Die „Herrschäften“ in der Schweiz klagen ebenso wie die in Deutschland über „Dienstbotennot“. In der „Neuen Züricher Zeitung“ wurde jüngst der Gedanke einer gemeinschaftlichen Küche oder Speiseanstalt mit Viefierung der Speisen in die herrschaftlichen Wohnungen erörtert, um die Dienstboten entbehrlich zu machen. Die viel berufene „gemeinschaftliche Abfütterung“ im sozialdemokratischen Zukunftsaufbau ist also für die Bourgeoisipresse im Gegenwartszeitpunkt bereits diskutabel geworden.

Die Zahl der Dienstboten in der Schweiz betrug 1900 nach der Volkszählung 14704, nämlich 8864 männliche und 14850 weibliche. Diese Angaben sind jedoch offenbar ungenau. Sie enthalten einmal auch die hauswirtschaftlich sich

betätigenden Familienmitglieder, während andererseits in verschiedenen anderen Berufsgruppen höchst wahrscheinlich auch Dienstboten enthalten und daher in der besonderen Gruppe „Persönliche Dienste usw.“ nicht angeführt sind.

Auf jeden Fall gibt es unter den Dienstboten der Schweiz eine bedeutende Agitations- und Organisationsarbeit zu verrichten, der schöne Erfolg winkt und die nicht länger vernachlässigt werden sollte. Möchten sich der ersten Dienstbotenorganisation in Zürich recht bald weitere Vereine an anderen Orten anreihen!

Frauenstimmrecht.

Zum Kampfe um die Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts in der Schweiz beginnen unsere schweizerischen Genossinnen sich zu rüsten. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, unter Berufung auf den das Frauenwahlrecht betreffenden Beschluß der Internationalen Frauenkonferenz und des Internationalen Kongresses zu Stuttgart die Leitung der sozialdemokratischen Partei zu ersuchen, auf die Tagesordnung des nächsten schweizerischen Parteitag als einen Hauptpunkt zu setzen: Die Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts in der Schweiz. Nach der Auffassung der Genossinnen handelt es sich zunächst darum, die Genossinnen zu veranlassen, sich eingehend mit der Frage des Frauenwahlrechts zu beschäftigen, deren theoretische Erörterung noch nicht in genügendem Maße geschehen ist. Der Schweizerische Arbeiterinnenverband steht auf gewerkschaftlicher Grundlage und ist dem Gewerkschaftsbund angegliedert. Er unterbreitete daher den obigen Beschluß den Gewerkschaftsverbänden zur Unterstützung. Das Ansuchen wurde vom Zentralkomitee des Gewerkschaftsbundes befürwortet, und die Verbandsvorstände der Gewerkschaftsverbände stimmten auf ihrer Konferenz zu Olten-Hammer einstimmig einer Resolution zu, in der es heißt: „Im Hinblick darauf, daß die Umwandlung der handwerksmäßigen Produktionsweise zu einer maschinellen Produktionsweise und das wirtschaftliche Elend der Lohnarbeiterschaft seit einem Jahrhundert die Frau in die industrielle Lohnarbeit hineingezogen und damit die arbeitende Frau zu einem Faktor des öffentlichen Lebens gemacht haben; im Hinblick ferner darauf, daß in der schweizerischen Gewerkschaftsorganisation die Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter als selbstverständlich betrachtet wird — unterstützt die Konferenz den Antrag des gewerkschaftlichen Schweizerverbandes wärmstens, hofft, daß die Parteileitung dem Antrag Folge gebe, und erwartet von den Gewerkschaftern, daß sie als Parteigenossen bestrebt sein werden, für die Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter zu sorgen, auch in der staatlichen Organisation, in der wir leben.“ Die schweizerischen Genossinnen erwarten seitens der sozialdemokratischen Partei die tatkräftige Unterstützung ihres Vorworts, da sie erstreben, die gleiche Weise stark betonen können, daß sie an das brüderliche Entgegenkommen und die bereitwillige Hilfe der Genossinnen gewöhnt sind. Bis die Parteileitung über den Antrag entscheidet und der Parteitag sich mit der Frage des Frauenwahlrechts beschäftigt wird, legen die Genossinnen die Hände nicht in den Schoß. Sie betreiben eine lebhafteste Agitation für ihre Forderung. In zahlreichen Städten fanden bereits von den Genossinnen veranstaltete Versammlungen statt, in denen die Frage des allgemeinen Frauenwahlrechts behandelt wurde. Fast ausnahmslos traten die Genossinnen überall mit großem Eifer für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes ein. Es geht vorwärts! In der Schweiz wie in England, Holland und Dänemark zeigt sich, daß die Behandlung der Frauenwahlrechtsfrage durch die beiden internationalen sozialistischen Tagungen zu Stuttgart außerordentlich klärend und anregend gewirkt hat.

Das beschränkte Kommunalwahlrecht der Frauen in Norwegen verdient in seinen Wirkungen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt zu werden, weil dieses helles Licht auf das reaktionäre Wesen jedes Damenwahlrechts werfen und damit die Verlogenheit der Phrase kennzeichnen, daß auch solch reaktionäres Pseudrecht den Interessen des weiblichen Proletariats diene. Die drei Kommunalwahlen, welche in Norwegen 1901, 1904 und 1906 unter der Geltung des beschränkten Frauenwahlrechts stattgefunden haben, zeigten gleichmäßig einen Grundzug. Das Gros der bürgerlichen Frauen stimmte für die reaktionären Parteien, ganz ohne Rücksicht auf das Recht und die Interessen der „ärmeren Schwestern“, gegen deren politische Gleichberechtigung in Gemeinde und Staat diese nämlich Parteien sich mit Händen und Füßen sträubten. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts zu den Gemeindevahlen war seinerzeit weniger die Frucht einer Bewegung, welche auflärend die Massen der Frauen erfasst hatte, als vielmehr ein reaktionärer Kniff, der die Wirkungen des allgemeinen Männerwahlrechts durchkreuzen sollte, dessen Einführung nicht länger vorenthalten werden konnte. Zumal auf dem Lande machten daher die stimmberechtigten Frauen — die über ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen von mindestens 400 Kronen verfügen müssen — 1901 nur in geringer Zahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Nicht mehr als 94 Prozent von ihnen gingen zur Urne, sie gaben überwiegend reaktionären Kandidaten ihre Stimme. In den Städten wählten durchschnittlich 48 Prozent der stimmberechtigten Frauen, deren steuerpflichtiges Einkommen 500 Kronen betragen muß. Obgleich die meisten proletarischen Wählerinnen natürlich für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, trugen doch die weiblichen Stimmen in ihrer Gesamtheit zur Stärkung der bürgerlichen Parteien, und zwar

besonders der Konservativen bei. Es war dies die Folge davon, daß ein sehr großer Teil der Proletarierinnen vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. 12428 Gemeinderäte und Stadtverordnete waren zu wählen, aber nur 98 Frauen erhielten Sitz und Stimme in den Gemeindeverwaltungen, davon 19 in Landbezirken. Die geringe Zahl der gewählten Frauen war eine Bestätigung der Tatsache, daß die Einführung des Frauenwahlrechts nicht in erster Linie die Folge einer Massenbewegung war. Die Gemeindevahlen von 1904 zeigten im allgemeinen annähernd das gleiche Bild wie die von 1901: geringe Wahlbeteiligung der ländlichen Wählerinnen, eine verhältnismäßig stärkere Ausübung des Wahlrechts seitens der Frauen in den Städten, eine Verteilung der weiblichen Stimmen nach der Klassenlage der wahlberechtigten Frauen, und zwar derart, daß die bürgerlich-liberalen Parteien offenbar den wenigsten Zuwachs an Stimmen von Frauen erhielten. Die meisten Wählerinnen aus den „besseren Kreisen“ stimmten für die konservativen Kandidaten, die Mehrzahl der Proletarierinnen für die Sozialdemokraten. In welcher Ausdehnung die wahlberechtigten Frauen sich 1906 an den Wahlen beteiligt haben, ist noch nicht festgestellt, als sicher gilt jedoch, daß sie in den Städten zahlreich zur Urne gegangen sind. Fest steht wieder das eine: die bürgerlichen Frauen haben in den Städten den Ausschlag zugunsten der reaktionären Mehrheit gegeben. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird mit aller Energie dafür wirken, daß die Bestimmung fällt, welche das Frauenwahlrecht von dem Einkommen abhängig macht, und daß es als allgemeines Recht des gesamten weiblichen Geschlechtes in Kraft tritt.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Bayern. Das Staatsministerium des Innern hat in einem ausführlichen Erlaß die bayerischen Kreisregierungen und Kammern des Innern zu erhöhter Tätigkeit auf dem Gebiete der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit aufgefordert. Der Erlaß anerkennt den Zusammenhang der Säuglingssterblichkeit mit den allgemeinen sozialen und hygienischen Zuständen, namentlich den Wohnungsverhältnissen, bezeichnet aber als Hauptursache der hohen Sterblichkeit der Säuglinge die mangelnde Ernährung und Pflege, vor allem die künstliche Ernährung. Daß die mangelnde Ernährung und Pflege der Säuglinge ihre Wurzel ebenfalls überwiegend in sozialen Verhältnissen haben, wird indirekt durch die Maßregeln gestanden, die der Erlaß empfiehlt, um das Selbsttöten der Mütter zu fördern. Die Distriktsverwaltungen, Amtsärzte und Gemeindebehörden werden angeregt, mit den Vereinen zusammenzuarbeiten, die sich der Säuglingsfürsorge widmen. Sie sollen eintreten für die Einrichtung von Beratungsstellen für stillende Mütter (Mutterkassen, Säuglingsfürsorgestellen), die Gewährung von Stillsprämien, die Einrichtung von Anstalten über Säuglingsfürsorge, die Errichtung von Säuglingsküchen und Kindermilchanstalten zur Herstellung und Viefierung guter künstlicher Säuglingsnahrung, eine erhöhte Aufsicht der Kostkinder soll stattfinden, strenge Kontrolle über die Durchführung der reichsgesetzlichen Maßnahmen zur Unterstützung und zum Schutze der Schwangeren und Wöchnerinnen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten. Der Erlaß schlägt auch die Verteilung zweckentsprechender Flugblätter vor und fordert die größeren Gemeinden auf, eigene Säuglings- und Wöchnerinnenheime zu errichten, eine Lehrerin für den Unterricht in der Säuglingspflege anzustellen und die Abhaltung von Kursen zur Ausbildung von Kinderpflegerinnen einzuleiten. Das alles sind begrüßenswerte Anregungen, welche die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik an den sozialen Zuständen bestätigen, die im letzten Grunde die hohe Säuglingssterblichkeit verschulden. Diese Anregungen gehen daher auch in der Richtung der Forderungen, die wir seit langem zum Schutze von Mutter und Kind erheben. Wie unzulänglich sie jedoch sind, dieses Ziel zu sichern, erweist ein Vergleich mit dem einschlägigen Reformprogramm, das die Konferenz der Genossinnen zu Mannheim angenommen hat.

Speisung der Schulkinder durch die städtischen Suppenanstalten in München. Die Suppenanstalten Münchens, deren erste bereits im Jahre 1802 eingerichtet wurde, werden jetzt auch der Speisung der Schulkinder nutzbar gemacht. Die Suppenanstalten haben den Zweck, bedürftigen Personen, und nun auch Schulkindern, die das Schulhaus während der Mittagszeit nicht verlassen, gegen Zahlung oder unentgeltlich eine kräftige Suppe zu gewähren. Der Preis einer Portion beträgt 8 Pf.; die Anweisungen auf unentgeltliche Verabfolgung werden im Bedürfnisfalle durch die Bezirkspflegelkommissionen als Naturalunterstützung gegeben. Die Suppen müssen nach ganz bestimmten Rezepten von besonders dazu angestellten sogenannten „Suppenköchinnen“ hergestellt werden. Im Jahre 1897 bestanden 12 städtische Suppenanstalten, bis zum Jahre 1906 war ihre Zahl auf 17 gestiegen. Die Gesamtaufwendungen (Besoldung der Köchinnen, Einrichtung, Brennmaterial, Aufwand für Viktualien zur Suppenbereitung) betragen im Jahre 1906 63910 M. Davon wurde ein Teil durch die Einnahmen aus den verlaufenen Portionen gedeckt, die städtische Armenpflege leistete 15457 M. Zuschuß. Zubereitet wurden im Jahre 1906 466145 Suppenportionen. Die vorstehenden Zahlen reden eindringlich von der steigenden Bedürftigkeit der arbeitenden Massen, denen die bürgerliche Welt durch Almosen und „Wohlthaten“ steuern will, statt durch Einrichtungen, auf deren Vorteile die Arbeitenden ein Recht haben.

Der Genius der Taten.

Von J. Gottlieb Fichte.

Habt ihr den goldenen Flügel des Genius je rauschen gehört, — nicht dessen, der zu Gefängen, sondern dessen, der zu Taten begeistert? Habt ihr je ein kräftiges: „Ich will!“ eurer Seele zugehört und das Resultat desselben trotz aller sinnlichen Reizungen, trotz aller Hindernisse nach jahrelangem Kampfe hingestellt und gesagt: „Hier ist es!“? Fühlt ihr euch fähig, dem Despoten ins Angesicht zu sagen: „Söten kannst du mich, aber nicht meinen Entschluß ändern!“? Habt ihr? — Könnet ihr das nicht, so weicht von dieser Stätte, sie ist für euch heilig.

Silvestergespenster.

Von Otto Krille.

Als jung ich noch war, stand ich im Kampf
Und ließ die Liebe weinen.
O Tage voll Braus und Waffenglanz
Wenn die Sonnen des Rutes scheinen!
Wie ein Adler strebte der stolze Sinn
Und das Glück, es lachte dem Kühnen!
Nun will meines Speeres darrer Schaft
Nicht mehr von Taten grünen!

Michael Werner hielt inne, schwer sank die Hand mit der Feder auf den Schreibtisch. Das war ja wie ein Abschluß! — Und sollte es nicht auch ein Schlüsselpunkt werden hinter ein 45jähriges Leben rastlosen Kampfes um ein Ziel, das eigentlich weit abgerückt war von seinen persönlichen Interessen?

Die dumpfe, müde Resignation, welche über ihn gekommen war, hatte Michaels Blick verschleiert, so daß er die Strophen auf dem Papier wie durch trübes Glas sah, entfernt und verschwommen. So lag auch gleichsam sein ganzes Leben vor seinem Geiste, ein nebelumflortes Land, tot in der Distanz der Vergangenheit. Es kam nur noch darauf an, mit der letzten Kraft, die ihm von dem einst schier unerschöpflichen Fonds geistiger Energie geblieben war, zwischen gestern und heute eine tiefe Furche zu ziehen, über die es kein Zurück gibt. 25 Jahre hatte er im Vorderreffen des politischen Streites gestanden und seine ganze Persönlichkeit eingesetzt für die Forderungen der Arbeiterklasse. Vorwärts, von Erfolg zu Erfolg war die Bewegung geschritten, er selbst war immer ärmer geworden. Ein reiches Wissen, ein geschulter politischer Verstand und ein Name, von Freund und Feind beachtet, war alles, was er errungen hatte, viel für den Ehrgeiz des Politikers, aber wenig zur seelischen Befriedigung. Er hatte sein Leben an den Bau eines stolzen, äußerlich prächtigen Gebäudes gesetzt, aber den inneren Ausbau vergessen. Wer daran vorüberging, bewunderte es, rühmte seine Architektur und die kühne Geschlossenheit der Anlage, aber drinnen wohnte zwischen lahlen Wänden und unbelebten Hallen fröstelnde Einsamkeit.

Je mehr der Verstand sich dagegen wehrte, um so stärker klang in Michaels Herzen eine Stimme, die ihm sagte, daß er sein persönliches Glück einer Fata Morgana geopfert habe. Wofür hatte er seine besten und kraftvollsten Jahre des Lebens hingegeben? Für den Fortschritt? ein blutleerer Begriff, an welchem er sich nicht erwärmen konnte; oder für die Idee der Gerechtigkeit, die vielleicht in 100 Jahren ihr Gesicht gewechselt haben würde, oder für die Masse, die von seinem einsamen Ringen nichts wußte, es niemals verstehen lernen würde? Was tief in seiner Seele wie windverwehter Rinderschrei nach reiner innerlicher Freude rief, war bisher überdrückt worden vom politischen Kampf, von dem harten, schrillen Klang des Streites. Unbeachtet, unterdrückt von der Stunde, war es allmählich übermächtig geworden. Der sinnende Mann fühlte es, daß es jetzt nicht mehr zum Verstummen gebracht werden konnte. Halb unwillig zerbrückte die kräftige Faust den feuchten Glanz, der verräterisch in den Augen aufstieg. Ach, die schwersten Stunden im Menschenleben sind nicht die, in denen die Wogen des Kampfes, die Sturzwellen des Schicksals über uns zusammenschlagen und alle Kräfte des Körpers und der Seele zum verzweifeltsten Widerstande aufrufen, sondern jene müden, von Haß und Liebe leeren, in denen es wie hoffnungslose Windstille über uns liegt. Die Flucht erschien dem vergränten Manne als der einzige Ausweg aus diesem Widerstreit der Gedanken. Abwärts treten, geräuschlos die Arena verlassen und fernab vom heftigsten Strom der Welt den süßen Frieden eines verborgenen Daseins suchen . . .!

Glanzvolle Bilder der Jugend tauchten vor Michaels geistigem Blicke auf. Mit dem rücksichtslosen Ungestüm der steigenden Kraft hatte er sich in den politischen Streit geworfen. Und der erste Erfolg hatte seinen Enthusiasmus zu dem Selbstnis gesteigert, dieses Feld der öffentlichen Tätigkeit nicht mehr zu verlassen. Diesem Willen

unterwarf er alles, selbst die — Liebe. Klar und deutlich lebte der Tag noch in seiner Erinnerung, der ihn von diesem allgemeinen Rechte des Kampfes trennte. Es war ein klarer, sternvoller Winterabend wie dieser, als er Abschied nahm von dem Mädchen, dem die Blut und Zärtlichkeit seines jungen Herzens entgegenflamte. Mit ihr zu kämpfen, sie mit seinen Idealen und Zielen zu erfüllen, ihr das Herz warm zu machen mit dem Feuer, das in jenen Tagen seine Seele erleuchtete, das war ihm damals als das Höchste erschienen. Gemeinsam mit einem Weibe, das Verstand und Gemüt gleichermaßen begeistern konnte, den Weg zurückzulegen, den er sich gewählt, — der Gedanke machte ihn trunken. Aus solchen Träumen hatte ihn ein Brief gerissen, der ihn vor die Wahl stellte, entweder auf Gertrud zu verzichten, oder seine politische Tätigkeit aufzugeben. Das war die erste Probe seines Idealismus und auch die schwerste. In langen schlaflosen Nächten hatte er sie überstanden, und als der Abend kam, an dem ihm Gertrud das letzte Wiedersehen gewährt hatte, glich sein Antlitz dem frisch-gefallenen Schnee, der ihm wie ein Totenlaken entgegen-grinste. Nur wenige Worte wechselten beide. Gertrud weinte still und Michael fürchtete, beim Gespräch die mühsam errungene Selbstbeherrschung zu verlieren. Als er dann zum letztenmal die kleine weiche Hand in der seinen hielt, empfand er keinen Schmerz mehr. Es war ihm nur, als sei etwas vereist in ihm, eingeschneit wie der Glanz der begrabenen Natur. Die Rechte zur Faust geballt, irrte er ziellos in der Nacht umher. Er fühlte noch die Wärme von Gertruds Hand, drum hielt er die seine fest geschlossen, als wollte er die letzte Blut für sein Leben bewahren und sich ewig daran erwärmen.

Dann kam der Hader der Politik, in den er sich um so lieber stürzte, als er bemerkte, daß er seines Herzens Stimme damit zum scheinbaren Schweigen bringen konnte. — — —

Aus den Briefen und Photographien, in denen Michaels Hand wühlte, stieg ein fader, weller Geruch, etwas von der Atmosphäre, die um zerblätterte Totenkränze weht. Mit ihm kamen die Gespenster der Vergangenheit und zerrten an den Schleiern, die über wehmütigen Erinnerungen lagen. Da sprang Michael auf. Hinaus! Fort! Zur Trösterin Mutter Natur.

Als er aus der Haustür trat, faßte ihn ein eisigkalter Windstoß. Das erschrafte und rief ihn zur Gegenwart zurück. Der Sturm sang sein ewiges Heldenlied durch die Gassen und rief ein Dichterverwort in ihm nach: „Sei du! Sei du!“ Das elektrische Licht der großen Straßen tat seinen Augen weh und er wählte die engen, dunklen Gassen, wo ihn niemand beachtete, wenn er, das Gesicht mit dem Mantelkragen verhüllt, an den niedrigen Häusern dahinging. Aus den kleinen Fenstern bligte hier und da ein brennender Weihnachtsbaum auf. Dazwischen kam wieder eine Mietskasernen, deren trostloses Aussehen die Nacht nur schlecht verhüllte. Hinter weißen Gardinen, deren banale Arabesken das trübe Lampenlicht halb aufsaugten, huschten Schatten an den Fenstern vorüber. Zuweilen drang auch ein Gläserklang an das Ohr des einsamen Wanderers. Silvesterfreude! Da wohnte das Volk, dessen Name gleichsam sein Panier in den Kämpfen gewesen war, das Volk, ein Begriff, weder gut noch böse, ein roher Marmorblock, der zur mächtigen Statue werden konnte, wenn die Arbeiter nicht lässig wurden, ein Jungbrunnen, aus dem die Kraft geschöpft werden konnte, die die Kultur gesund erhält. Hier, wo noch Ursprünglichkeit, natürlicher Instinkt und rein menschliche Leidenschaften zu finden sind, hier kannst du genesen, raunte es Michael zu. Feierte man nicht auch in den ärmlichen Stuben das neue Jahr, obwohl es schwerlich viel heller als das alte zu werden versprach. In wie viel Häusern würde es überhaupt so viel Freude bringen, daß sich der helle Jubel lohnte, der ihm entgegenschallte? Und doch da Gesang und dort Gläserklang? War es wirklich nur sinnlose Lustigkeit, die jede Gelegenheit ergriß, um dem grauen Dasein ein bißchen Glittergold anzuhängen? Oder war es Kampfesfreudigkeit, die da sprach: Mag kommen was da will, mögen Freuden und Leiden sich einstellen! Hier ist Kraft, hier ist Mut. Hier ist Zuversicht, alles zu überwinden!

Gerade als Michael an einem Restaurant vorüberging ward die Tür geöffnet. Ein Lichtstrahl fiel auf die Straße, daß er stehen blieb.

Es war ein Lokal, worin Bestimmungsgenossen verkehrten. Die vorderen Räume waren wenig erleuchtet, aber aus dem Hintergrunde kam eine Flut von Licht und ein Bild von fröhlichen Gesichtern. Rasch entschlossen trat Michael ein. Als man ihn bemerkte, erhoben sich die Gäste und einige kamen ihm entgegen und schüttelten ihm derb die Hand, in den Augen ehrliche Freude über sein Kommen. Dieser ungeheuchelte Empfang löste eine innere Wärme bei Michael aus. Das durch seinen Eintritt ein wenig ins Stocken gekommene Gespräch ward bald wieder in Fluß. Besonders ein jüngerer Genosse erbißte sich bald im Streit der Meinungen und war nie

verlegen um Einwände, Trümpfe und Antithesen. Michael horchte bald auf und fand Gefallen an seiner Art. Als schließlich alle übrigen auf ihn einbrangen, da schlug er mit der Faust auf den Tisch und rief: „Ihr seid zu alt!“ Und es klang wie eine ernste überzeugte Behauptung. Michael stuchte. „Jawohl, zu alt seid ihr alle! Wer nicht an jedem Tag Neujahr feiert, wird alt. Innerlich natürlich! Herz und Geist wird alt! Ihr hängt euch an das, was war, das ist euer Besitz; aber dem neuen Tag seid ihr feindlich gesinnt, weil er euch weh tut! An jedem Tage neu sich zu erproben, jedem Tage goldene Früchte entreißen, das nenne ich jung sein. Nicht fragen, was sein könnte, nicht grübeln und mit dem Schicksal schmollen, sondern mit ihm ringen und zu jeder Stunde sprechen: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn! Ja, zum Teufel, den möchte ich sehen, der da nicht etwas von dem ew'gen Licht davontrüge, daß die graue Öde durchdringt, die manchmal kommt. Gelt, Herr Werner! Sie wissen's, Sie sind ja eigentlich der Jüngste, wenn's darauf ankommt!“

Michael errötete leicht. War er nicht eben ein Greis gemessen, der sich in müder Resignation vom Kampfplatz zurückziehen wollte? Und mußte durch diesen Jüngling belehrt werden! Wenn's darauf ankommt? Und jetzt kam es darauf an. Ja, jung sein, jung bleiben an Herz und Geist, das war alles, das war das große Geheimnis des Lebens, über das sich viele Gelehrte die Köpfe zerbrochen hatten, weil sie es außer sich und nicht in sich gesucht hatten. Weggeblasen war das Heer der Silvestergespenster, eine drängende herzliche Heiterkeit stieg in ihm auf.

Draußen sungen die Silvesterglocken an zu läuten. Auf den Tisch wurde eine dampfende Bowlschale gestellt. Man gratulierte sich und drängte Michael, eine kurze Rede zu halten. Als er so die fröhlichen Gesichter um sich sah und daraus die Liebe blihen, da ward es ihm sonnenklar: Nicht umsonst ist dein Schaffen. Und wenn es nur in einem Herzen die Flamme der Liebe angezündet hätte, dann wäre es löstlich belohnt. Jung bleiben, jung sein! Und gerührt stand er auf und sprach fest und stark:

„Es lebe die Jugend bei den Alten und den Jungen!“
Dann ergriff er sein Glas, reckte sich und trank dem neuen Jahre zu.

Lasciate ogni speranza.

Von Leopold Zache.

Als die jenseitige Welt,¹
Die Welt des heitern Genießens
In Trümmer sank, schuldbeladen,
Wurmzerfressen von Sclaverei,
Da brach für die Menschen an
Ein träumendes, erdenberaubtes Dasein.

Hoffnungsflaven des Himmels quälten sie sich
Freudenentert und heimatlos
In irdischem Fluch, in irdischem Glend.
Wie ein Lotospieker
Harret auf des Glückes Loß, —
Entzogen wird ihm durch Hoffen,
Ausgelogen durch Hoffnung,
Macht und Stärke von Hand und Hirn, —
So klammerten sich an Hoffnung an
Die Menschenkinder
Und lebten den Tod und starben ihr Leben.

Da ein Dichter der Zeit²
Auf die Hallen des Schreckens schrieb:
Die ihr eintretet, gebet die Hoffnung auf!
Grauensoll klang das Wort
In die angsterbebenden, hoffenden Herzen.

Kommen seh' ich ein neu Geschlecht
Lebensfreudiger Menschen,
Wissend, daß sie müssen erzeugen,
Wissend, was sie müssen vollenden.
Ausgeträumt ist der öde Traum,
Umgestürzt der Moloch des Hoffens;
Da quillt aus eigener Kraft dem Menschen
Ungeahnte Segensfälle
Und ein Leben in Schönheit auf Erden.

Kommen seh' ich ein neu Geschlecht,
Und, wie die Griechen einli,
Auf Weisheitshallen schreibt es die Worte auf:
Kenne dich selbst! Das ist:
Mach dich von Hoffnung frei!
Freudig löst das Wort
In den erwachten Herzen wieder.

Hoffnungslos, vollbewußt
Wirket vereint am Weltlauf
Der Mensch, der Verächter blinden Glück,
Ein Gebieter des Schicksals.

¹ Gemeint ist die griechische Welt.

² Dante, in seiner „Höllischen Komödie“.